

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Markus Plenk

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Albert Duin

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Florian Streibl

Abg. Patrick Friedl

Abg. Ralf Stadler

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Hagen

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Uli Henkel

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Christoph Skutella

Abg. Alexander Flierl

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten  
zum Klimaschutz**

Ich begrüße hier herzlich den Herrn Ministerpräsidenten und erteile ihm das Wort.

**Ministerpräsident Dr. Markus Söder:** Sehr geehrte Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die schlimmen Unwetter, Regenfälle und die katastrophale Situation der letzten Tage in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, aber auch bei uns in Bayern sind ein deutlicher Warn- und Weckruf. Jeder muss es jetzt sehen. Das Klima ändert sich rasant, nicht nur irgendwo auf der Welt, sondern mitten in Deutschland und in Bayern. Wir stehen – davon bin ich fest überzeugt, und das ist auch wissenschaftlich belegt – an der Schwelle epochaler Veränderungen. Entweder verstehen wir es und handeln, oder wir werden langfristig mit dramatischen Folgen konfrontiert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Klima ist es völlig egal, ob wir es kapieren und etwas tun. Ob uns das aber egal sein kann, steht im Zweifel. Betroffen sind am Ende wir.

Deswegen haben wir zwei Aufgaben. Erstens müssen wir die Klimaanpassung an bereits begonnene Veränderungen schneller voranbringen. Zweitens brauchen wir mehr Klimaschutz, um ein Kippen des Klimas zu verhindern. Ich weiß, es gibt dazu unterschiedliche Positionen. Es gibt auch Skeptiker. Doch der Rat der Wissenschaft ist einhellig. Meine feste Überzeugung ist: Wer die Klimaveränderung leugnet, versündigt sich an der nächsten Generation.

(Beifall bei der CSU – Lachen und Zurufe bei der AfD)

Ich weiß nicht, ob es die jungen Menschen toll finden, wenn man einen Witz auf Kosten der nächsten Generation macht.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, auch an unsere Kinder und Kindeskinde zu denken.

(Beifall bei der CSU)

Die Bewahrung der Schöpfung hat nicht nur eine technische, ökonomische und ökologische, sondern auch eine ethische Dimension. Das ist ein urkonservatives und urchristliches Anliegen. Wir wollen unseren Kindern versprechen, dass wir uns nicht aus Angst vor Lobbygruppen, vor Leugnern oder vor ewig Gestrigen vor der Verantwortung drücken. Am Ende geht es tatsächlich um unseren Fußabdruck in der Geschichte. Wir alle müssen uns bewegen, wir alle brauchen einen Klimaruck.

Wie sind denn die Fakten? – Das Klima in Bayern ändert sich. 2018 war das wärmste Jahr seit 139 Jahren. 2019 war es neunmal in Folge zu warm. Seit 2011 ist es in Bayern zu trocken. Faktum: Bayern ist im Klimastress. In den letzten 70 Jahren ist die Durchschnittstemperatur um zwei Grad gestiegen. Wenn es in den nächsten 20 Jahren so weiterginge, würde sie noch einmal um zwei Grad steigen.

Was sind die Folgen? – Manch einer sagt, was machen schon zwei Grad aus. Eine Folge ist deutlich mehr Hitze. Wir haben jetzt schon mehr Hitzetage als früher; früher waren es vier. Es werden noch bis zu elf oder zwölf neue Hitzetage dazukommen. Es gibt weniger Frost und weniger Schnee. Die Frosttage werden um 46 weniger, der Winter um drei Wochen kürzer, und das hat Folgen.

Die Wasserstruktur ändert sich. Zum einen haben wir in unserer Landwirtschaft viel Dürre, auf der anderen Seite haben wir auch Hochwasser und Starkregenereignisse, wie wir sie jetzt erlebt haben. Bayern ist besonders betroffen, weil die Alpen besonders betroffen sind. Die Alpen sind ein Brennglas des Klimawandels. Allein seit 1985 ist die Temperatur auf der Zugspitze um ein Grad gestiegen. 2020 war auf der Zugspitze das wärmste Jahr. Die Gletscher verschwinden. In zehn Jahren sind sie aus Bayern komplett verschwunden. Alle 30 Sekunden gehen dort 250 Liter Wasser weg. Dies führt übrigens zum einen dazu, dass die Speicherfunktion der Gletscher nachlässt.

Damit besteht die Gefahr, dass es weder eine Speicherung im Wasserhaushalt bei Dürre noch eine Speicherung bei schnellen Hochwassern gibt. Zum anderen führt es zu einem Verlust an Permafrost im Gebirge selber. Auf der Zugspitze wird der Permafrost beispielsweise um ein Drittel weniger. Damit ist die Gefahr von Steinschlägen und Murenabgängen stärker. Die Berge sind damit eindeutig in Gefahr. Die TU München hat nachgerechnet, dass allein im Jahr 2020 mehr als eintausend Steinschläge in den Alpen durch den Klimawandel verursacht werden.

Weitere Folgen sind ein Artenschwund bei der heimischen Flora und Fauna. Hinzu kommen völlig neue und fremde Arten. Dadurch können neue Keime und Krankheiten, auch Tropenkrankheiten und eine längere Pollenbelastung entstehen und die Zunahme von Herz-Kreislauf-Belastungen verursacht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Klimaschutz ist nicht nur ein Nischenthema. Er geht uns alle an, er betrifft alle Generationen und das gesamte Land. Sicher ist schon viel passiert. Aber wir müssen noch einen Zahn zulegen. Sonst wird irgendwann einmal der Point of no Return erreicht werden. Das ist nicht nur eine Meinung von Wissenschaftlern, die sich in ihrer Meinung einig sind. Es ist uns allen auch vom Bundesverfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben worden.

Daher geben wir heute den Startschuss für ein umfassendes Konzept. Wir schaffen ein neues Klimagesetz mit dem Ziel, 2040 klimaneutral zu sein. Wir schaffen ein ambitioniertes Klimaprogramm über fünf Sektoren hinweg mit 50 Maßnahmen und eine nachhaltige finanzielle Ausstattung mit einer Milliarde allein für das Jahr 2022 im Haushalt. Alle drei Maßnahmen greifen ineinander, Gesetz, Programm und Finanzierung. Viele Häuser sind davon betroffen. Diese Maßnahmen sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Es ist nicht die Aufgabe eines Ministers oder einer Ministerin. Selbstverständlich hat der Umweltminister eine zentrale Rolle, aber es sind auch die Ministerien für Wirtschaft, für Bau und Verkehr und für Landwirtschaft betroffen. Wir müssen einen Teamgedanken entwickeln. Klimagesetz ohne Klimaprogramm ist bloße Theorie. Kli-

maprogramm ohne Finanzierung wäre eine unseriöse Luftbuchung. Alles miteinander verzahnt gibt eine einheitliche Klimastrategie mit einer nachhaltigen Substanz.

Eines will ich aber sagen, weil immer der Eindruck erweckt wird, Bayern wäre beim Klimaschutz rückständig. Das stimmt nicht. Wir müssen mehr machen. Das wissen wir. Wir liegen aber im Vergleich mit allen anderen Bundesländern sehr gut im Rennen. Bayern hat ein Drittel weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf als der Bund. Bayern ist Spitze bei den erneuerbaren Energien. Wir sind deutscher Meister mit der Sonnenenergie und der Photovoltaik. Wir haben doppelt so viel installierte Leistung wie Baden-Württemberg und sechsmal so viel wie Hessen oder Rheinland-Pfalz. Wir sind führend mit der Geothermie und mit der Wasserkraft. 63 % der in Deutschland erzeugten Wasserkraft kommt aus Bayern. Mit dem Wind könnten wir noch mehr leisten. Da liegen wir aber mit Platz acht immer noch vor Baden-Württemberg mit Platz elf. Wir liegen in allen Bereichen vorne.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Bayern ist führend mit den natürlichen CO<sub>2</sub>-Speichern. Wir sind das Waldland Nummer eins in Deutschland. Wir stehen mit den Hochmoorgebieten auf Platz zwei in Deutschland. Die bayerische Landwirtschaft, die auch hier im Landtag immer wieder gerne kritisiert wird, ist nach ihrer Grundstruktur ein Modellvorbild für den Klimaschutz der Zukunft. Im Vergleich zum restlichen Deutschland haben wir kleinere Flächengrößen, keine Agrarfabriken und viel Dauergrünland – mehr als anderswo. Bei den Ökobauern stehen wir mit 28 % aller Öko- und Biobauern in Deutschland auf Platz eins. Egal ob konventionelle oder ökologische Landwirtschaft, die bayerische Landwirtschaft müsste eigentlich die Blaupause für die landwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sein. Alle diejenigen, die in anderen Bundesländern gern über unsere Landwirtschaft reden, sollten hierherkommen und erst einmal ein Praktikum machen, um zu sehen, was wir voranbringen.

(Beifall bei der CSU)

Wir liegen gut, aber die Dynamik der Entwicklung erfordert es, mehr zu machen. Das können wir aber von einer besseren Startposition aus als viele andere.

Klar ist aber auch: Dieser Klimaschutz darf unter keinen Umständen ein Eliteprojekt für Vermögende werden nach dem Motto: Klimaschutz ist gut, wenn ich ihn mir leisten kann. – Wir dürfen nicht zulassen, dass aus der ökologischen eine soziale Frage wird. Der DGB fordert zu Recht neben einem Green Deal auch einen Social Deal. Es dürfe niemals sein, dass am Ende Klimaschutz und Wohlstand gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil: Wir müssen beides zusammen organisieren. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Möglichkeiten und Chancen unseres Landes beispielsweise mit neuen Technologien und alternativen Antrieben nutzen und ein neues Kapitel dazu aufschlagen. CleanTech statt Rollback ist das Motto. Um es auf Deutsch zu sagen: Ich möchte einen Schwung in die Zukunft, aber kein Zurück in die Steinzeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir stehen für die ökologische Mitte, nicht für ökologische Extreme. Bayern ist ein Premiumland für Klimaschutz, muss aber noch mehr tun, um eine neue Work-Life-Balance für nachhaltiges Leben und Wirtschaften auf den Weg zu bringen.

Was sind unsere Ziele und Vorgaben? – Das Klimaziel wird eindeutig im neuen Klimagesetz formuliert. Bayern soll bis 2040 klimaneutral werden und bis 2030 im Vergleich zu 1990 65 % CO<sub>2</sub> einsparen; die Staatsregierung selbst will bis 2023 ein Vorbild sein und klimaneutral werden. Ist das unambitioniert? – Im Gegenteil! Nur Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz setzen diese Zielmarke; alle anderen bleiben dahinter. Das heißt: Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, das für die Umsetzung unsere ganze Kraftanstrengung verlangt.

Das wird übrigens nicht mit einer einzelnen Maßnahme passieren; es braucht einen ganzheitlichen Ansatz. Wer glaubt, mit einer Maßnahme, die ihm politisch-ideologisch besonders gefällt, alles zu erreichen, wird fundamental scheitern. Wir müssen den

ganzen Bereich sehen. Deswegen werden Klimastrategie und Klimaprogramm breit gefächert. Bei der Strategie brauchen wir aber auch Prinzipien. Die bayerische Klimaphilosophie hat folgende Prinzipien:

Erstens. Die Wissenschaft ist ebenso wie bei Corona Maßstab und Grundlage. Die Expertise muss hier breit angelegt sein: der Klimarat, die Leopoldina, die Bayerische Akademie der Wissenschaften, das Max-Planck-Institut, das Fraunhofer-Institut, das Helmholtz Zentrum und natürlich unsere bayerischen Spitzenuniversitäten.

Zweitens. Wir setzen auf Klimaschutz daheim. Was heißt das? – Wir denken global, handeln aber lokal. Das heißt: Wir handeln nach unseren Prioritäten und den bei uns wirkenden, effizienten und chancenreichen Möglichkeiten, zum Beispiel wenn es um natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher als Schwerpunkt oder Solarenergie geht. Wir entwickeln auch CO<sub>2</sub>-Kompensationsplattformen, die bei uns in Bayern und nicht irgendwo in der Welt wirken. Wenn jemand eine Ausgleichszahlung tätigt, dann sollte das immer in Bayern reinvestiert werden, um dem bayerischen Klima zu nutzen und dieses zu schützen.

Drittens. Innovation statt Ideologie; ich sage es sehr deutlich: Ich bin gegen diesen dystopischen und völlig pessimistischen Ansatz. Natürlich wird es eine schwere Aufgabe werden. Das wissen wir gerade nach solchen Unglücken. Aber natürlich ist das alles leistbar. Wir müssen uns mit klugen Konzepten auf den Weg begeben. Wir müssen die Chancen nutzen. Es geht nicht darum, etwas zu verbieten, meine Damen und Herren, sondern die Chancen stehen im Mittelpunkt. Das Verbot ist nicht Allheilmittel für die Lösung; das Gegenteil muss der Fall sein. Wir müssen es schaffen, das mit Initiativen, Ideen und Innovationen voranzubringen. Am Ende wird dem Klima mit Innovationen etwas Gutes getan, und wir schaffen neue Arbeitsplätze und neue Möglichkeiten. Das muss unser Ziel für Bayern sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Leitplanken, ja, aber nicht nur Stoppschilder.

Viertens und letztens. Natürlich braucht es auch eine nachhaltige Finanzierung. Alles, was ich jetzt sage, ist mit dem Finanzminister und den Ressorts besprochen. Natürlich müssen wir investieren, weil Klimaschutz Priorität hat, er muss aber in eine seriöse und solide Finanzierung eingebettet sein. Ohne diese ist Klimaschutz auch nicht nachhaltig. Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Frage der Ökologie, sondern auch der finanziellen Seriosität. Deswegen sollten wir auch generell in Deutschland überlegen, ob der Klimaschutz als Daueraufgabe mit der Schuldenbremse vereinbar ist. Diese aber einfach auszusetzen, geht nicht. Das muss verfassungsrechtlich geklärt werden.

Es gibt also fünf Prinzipien und fünf Sektoren: Erneuerbare Energien und Stromversorgung, natürliche CO<sub>2</sub>-Speicherung, Klimabauen und Klimaarchitektur, smarte und nachhaltige Mobilität sowie moderne Klimaforschung und CleanTech.

Zum Sektor Energie. Für Bayern und auch für Deutschland muss ganz klar sein: Erneuerbare Energien müssen Vorfahrt haben. Ich rege an, dass wir nach der Bundestagswahl und den Klimaereignissen der vergangenen Woche auch hier noch einmal einen Neustart wagen. Ich bin der festen Überzeugung, es wäre jetzt eine gute Gelegenheit, auch nach den neuen Vorgaben der Europäischen Union noch einmal zu prüfen, ob ein Ausstieg aus der Kohle denn nicht schneller möglich ist. Trotz aller Ausgleichsmaßnahmen halte ich 2038 an dieser Stelle nicht nur für unambitioniert, sondern auch für marktwirtschaftlich sinnlos. Ich setze mich dafür ein, 2030 aus der Kohle auszusteigen.

Zu den erneuerbaren Energien: In Bayern haben sie derzeit einen Anteil von 52 % an der Stromversorgung. Unser Ziel ist am Ende 100 % elektrischer Strom aus erneuerbaren Energien. Dazu brauchen wir aber noch einmal eine Bedarfsanalyse. Momentan ist die Situation so, dass wir schon jetzt beginnende Stromlücken haben. Das ist erkennbar und durch den Wegfall vorhandener Stromproduktionsträger bedingt; gleichzeitig wächst der Strombedarf, weil wir Herausforderungen haben.



Elektrischer Strom ist in vielen Bereichen ganz bewusst auch ökologisch als Ersatz gewollt. Deswegen ist es zwingend notwendig, den Strombedarf zu ermitteln. Der Bundeswirtschaftsminister hat gesagt, hier müsse möglicherweise noch mehr passieren. Im September wird es einen Stromgipfel geben, bei dem wir uns zusammen mit der Wirtschaft und allen Beteiligten mit der Frage beschäftigen, wie viel Strom überhaupt gebraucht wird. Für mich ist eines aber ganz klar: Ohne Stromleitungen geht es nicht. Jeder, der den Eindruck erweckt, man könne allein mit regionalen Maßnahmen den großen Bedarf an Strom in Bayern decken, wird am Ende scheitern. Ich möchte unter keinen Umständen einen Blackout für Bayern riskieren, meine Damen und Herren. Wir brauchen diese Stromleitungen.

(Beifall bei der CSU)

Ob es darüber hinaus die Erschließung neuer Stromleitungen braucht, muss der Bund festlegen. Wir wollen den Ausbau vorhandener Stromleitungen beschleunigen, weshalb wir fast 50 % mehr Personal einsetzen, um den Bereich vorhandener Stromleitungen voranzubringen.

Unser Schwerpunkt bei den erneuerbaren Energien ist die Photovoltaik. Ein Viertel des Zubaus stammte 2020 übrigens aus Bayern; das ist eine ziemlich wuchtige Zahl, wenn man das einmal mit anderen Bundesländern vergleicht.

Wir wollen den Solarbereich weiter entwickeln. In Bayern besteht wegen der vielen Sonnenstunden ein großes Potenzial. Deswegen ist das Programm breit gefächert. Staatliche Dächer sollen jetzt mit viermal so viel Solarflächen versehen werden; dann sind es 1.300, die mit Hilfe von Bürgerfonds finanziert sind. Bei privaten Dächern ist das Ziel, doppelt so viele wie bisher zu fördern. Ich sage es eindeutig: Ich werde auf Bundesebene sehr dafür kämpfen, dass wir dort eine Solarpflicht auch für Neubauten bekommen, weil hier eine nationale Lösung am besten ist. Sollte das nach der Bundestagswahl nicht möglich sein, werden wir das hier in Bayern noch einmal neu aufrufen.

fen und zwischen den einzelnen Partnern, innerhalb derer es auch unterschiedliche Meinungen gibt, abstimmen.

(Zurufe)

Daneben wird Photovoltaik dort eingesetzt, wo es möglich ist. Wir werden alle Spielräume nutzen, beispielsweise verpflichtend bei staatlichen Gebäuden. Das gilt aber nicht nur bei normalen Gebäuden, sondern es gilt, auch in Bereichen wie Autobahnen, Fahrbahnbelägen, Lärmschutzwänden, Einhausungen, Solar zu integrieren. Wir werden auch die Landwirtschaft unterstützen; die Vervierfachung bisheriger Solarparks in der agrikulturellen Photovoltaik soll vorangebracht werden. Wir setzen ein ganz klares Signal für Photovoltaik. Bayern ist Sonnenland, und Bayern baut seinen Vorsprung bei der Sonnenenergie aus, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist unsere Stärke, das sind unsere Möglichkeiten.

(Beifall bei der CSU)

Neben Photovoltaik werden wir auch die Geothermie stärker nutzen. Das finden die meisten zwar nicht so sexy, ist aber hoch interessant. Bayern sitzt auf einer Wärmflasche, dem süddeutschen Molassebecken. Dieses Wärmepotenzial wird einfach unzureichend abgerufen.

(Zuruf)

Deswegen wird es noch einen viel stärkeren Ansatz geben, dieses zu nutzen. Bis 2050 müssen und können 25 % des Wärmebedarfs daraus gedeckt werden. Also werden wir die Geothermiestrategie ausbauen und beschleunigen.

Die Windenergie ist eine der größten umstrittenen Fragen, die wir haben. Derzeit haben wir 1.133 Windräder in Bayern mit einer Leistung von 2.600 Megawatt. Zur Relation: Das entspricht ungefähr der Leistung des Assuan-Staudamms. In der Tat geht der Ausbau in ganz Deutschland kaum voran, meine sehr verehrten Damen und Herren. Warum? – Es wird überall heftig diskutiert. Vor Ort streiten die Bürger; im besten

Fall gibt es darüber eine Abstimmung, im schlechtesten Fall unendliche Streitigkeiten. Selbst in den Umweltverbänden wird gestritten; zwischen Arten- und Klimaschützern wird heftig darüber debattiert, was bei der Windenergie wichtig ist. In der Tat ist bei den Genehmigungsfragen übrigens nicht nur die 10-H-Regelung ein Thema, sondern häufig das Naturschutzrecht. Der von mir geschätzte Ministerpräsident Baden-Württembergs hat in internen Besprechungen immer wieder dieses Problem benannt. Wenn wir in Deutschland die Windenergie wirklich voranbringen wollen, müssen wir an dieser Stelle etwas tun, meine Damen und Herren.

Die Wahrheit ist: 10 H ist keine Erleichterung – das muss man ganz nüchtern sagen –, ist kein Turbo für den Wind. Das ist schon klar. Aber auch in Baden-Württemberg wurden 2019 und 2020 nur elf neue Windräder installiert. Woanders werden sogar vorhandene Windräder abgestellt. In Brandenburg hat man, so wie ich das gelesen habe, auch neue, größere Abstände beschlossen – sogar mit den GRÜNEN. Das ist mir übrigens schon ein Anliegen. Natürlich sind wir hier in Bayern; aber manchmal finde ich schon: Man kann nicht dort so reden und hier anders auftreten. Immer dann, wenn es vor allem um moralische Argumente geht, muss man überall mit gleichem Maßstab messen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich hat Wind Potenzial. Das ist ganz klar. Mit neuen Generationen von Windrädern geht auch mehr. Darum wird so über das Repowering diskutiert. Die Gefahr besteht, dass keine neuen Möglichkeiten bestehen. Wie gehen wir vor? – Wir wollen Wind nutzen im Rahmen der vorhandenen Gesetze; das heißt, 10 H bleibt. Aber wir werden es weiterentwickeln und reformieren. Auf der Basis einiger Vorschläge, auch aus meiner Fraktion, von Sandro Kirchner, werden wir schauen, dass wir 10 H reformieren, und mit Ausnahmetatbeständen arbeiten. Für Ausnahmetatbestände soll es eine erleichterte Möglichkeit mit einem Abstand von 1.000 Metern geben, beispielsweise beim Repowering, im Staatswald und in sensibler Form bei Vorrangflächen und vorbelasteten Flächen.

(Zuruf)

Wir reden auch über Truppenübungsplätze, weil dort größere Potenziale bestehen, dies zu machen.

Für mich ist aber ganz wichtig, dass wir nicht nur 10 H in den Mittelpunkt rücken, sondern alle Genehmigungsverfahren komplett überarbeiten. Da gilt es auch, den Windatlas neu zu gestalten, das bayerische und deutsche Naturschutzrecht. Die Idee von "Windkümmerern" vor Ort halte ich für sehr gut, um an dieser Stelle mehr Abstimmungen und mehr Einsatz zu ermöglichen. Allein im Staatswald, meine Damen und Herren, kann die Regelung laut Schätzung unseres Landwirtschaftsministeriums bis zu 500 neue Windräder bedeuten. Jetzt sage ich Ihnen ganz deutlich: Wenn die Möglichkeit besteht, im Staatswald Windräder zu errichten – warum nutzen wir nicht solche Möglichkeiten, anstatt den Streit in die Bevölkerung zu tragen?

(Zurufe)

Wir wollen mehr Windkraft, aber wir wollen das mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das bedeutet Vorfahrt für erneuerbare Energien, aber nicht auf dem Rücken der Bürger.

Zweiter Sektor, natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher. Moore, Wald und Wasser: Moore sind eine der unterschätztesten CO<sub>2</sub>-Speichereinheiten und haben eine enorme Wirkung, umgerechnet übrigens doppelt so hoch wie Wald: 400.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Verlust pro Jahr allein im Donaumoos. Das Problem ist: Das Potenzial, CO<sub>2</sub> sozusagen aus der Atmosphäre zu nehmen und es zu binden, schwindet durch viele Trockenlegungen. Also starten wir eines der größten Renaturierungsprogramme in Deutschland zur Sanierung und Wiedervernässung von Moorflächen – das sind bis 2040 rund 55.000 Hektar. Dazu wird ein Moorbauernprogramm bzw. Moorwaldprogramm aufgelegt, um die

Moorgebiete an allen Stellen voranzubringen, dies aber mit der Landwirtschaft zu organisieren.

Auch der Wald muss weiter geschützt und gestärkt werden. Holz speichert CO<sub>2</sub>. Allein in den bayerischen Wäldern sind 1,1 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> gespeichert. Dies entspricht ungefähr dem Ausstoß in Deutschland von eineinhalb Jahren. Das ist tatsächlich eine ganz große Möglichkeit. Deswegen müssen wir den Wald stärken. Aber der Wald ist im Stress. Der Klimawandel schadet ihm enorm. Zu viel Schadholz, zu viele Schädlinge.

Deswegen werden wir die bisherigen Anstrengungen verdoppeln: was den Waldumbau betrifft von 6.000 auf 12.000 Hektar pro Jahr, bei der Erstaufforstung statt 50 Hektar 100 Hektar pro Jahr, um am Ende die völlig neue Zielgröße zu haben, bis 2030 rund 900 Hektar neu aufzuforsten. Das ist mir wirklich wichtig, weil das, meine Damen und Herren, neben den "normalen" erneuerbaren Energien etwas ist, was die Heimat Bayern besonders betrifft. Die Aufgabe, diese Heimat zu erhalten und zu schützen, das Landschaftsbild zu bewahren und diese ganz besondere Qualität unseres Landes in den Vordergrund zu rücken, ist eine Aufgabe für Klimaschutz, die speziell für Bayern zutrifft. Wir dürfen nicht nur Klimaschutz betreiben, wie er woanders ist, sondern auch so, wie er genau zu unserem Land passt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir begleiten bei den natürlichen Fragen auch intensiv die Landwirtschaft. Wir haben schon damals beim Artenschutzgesetz die Ziele beim Ökolandbau definiert, indem wir bis 2030 auf 30 % kommen werden. Das ist übrigens umgerechnet eine Fläche von einer Million Hektar, etwa die Hälfte der gesamten Fläche von Hessen, nur damit man mal eine Größenordnung hat, was wir da machen.

Ein Thema, das uns dabei noch beschäftigt, ist der Erhalt der Humusschicht. Das ist ganz zentral. Wir spüren nämlich in dem Zusammenwirken der einzelnen Klimafakto-

ren – mehr Regen und mehr Dürre – den Verlust von Bindekraft im Boden. Damit besteht die Gefahr von Auswaschungen. Das heißt zum einen weniger Wachstum, zum anderen aber auch schnellere und deutlich gefährlichere Entwicklungen bei Starkregen. Deswegen gibt es ein Programm für 600.000 Hektar Ackerfläche, um die Humusschichten zu erhalten.

Wald, Moore, Humus und Wasser: Das Wasser macht uns im doppelten Sinne Sorgen. Bayern ist Wasserland. Wir waren immer reich damit gesegnet und vor allen Dingen gleichmäßig damit gesegnet. – Dies ändert sich. Manchmal ist es zu wenig, manchmal zu viel. Letztens sagte mir ein Landwirt: Entweder zu verdursten oder abzusaufen scheint auf Dauer die Gefahr zu sein.

Wie gehen wir damit um? – Wir müssen diese Strategien weiterentwickeln und nachjustieren, natürlich auch beim Hochwasserschutz. Der Hochwasserschutz ist die beste Form der Klimaanpassung, die wir anwenden können. Bis 2030 werden wir weitere zwei Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investieren. Dazu gehört der traditionelle Hochwasserschutz aus den Erfahrungen, die wir haben. Da wird derzeit auf wissenschaftlicher Grundlage über die Polder diskutiert.

Wir spüren auch, dass der Ausgleich von Bürgerinteressen und einer großen ökologischen Planung gar nicht so einfach ist. Da geht es um den Erhalt von Retentionsflächen zum Schutz, wenn die Kommune eigentlich Erweiterungsbedarf hat. Mir ist besonders wichtig, dass wir – da hat der Umweltminister meine volle Rückendeckung – angesichts der Starkregenereignisse der letzten Tage die kleineren Gewässer und die kleinen Kommunen in den Vordergrund rücken. Das war schon damals bei Simbach am Inn spürbar: Der Inn daneben ist durch die Dauerregenbelastung zwar gestiegen, aber nicht so schlimm wie gedacht. Dagegen wird aus einem kleinen Bach, einem kleinen Gewässer in Sekundenbruchteilen ein kleiner Tsunami, übrigens mit dramatischen Folgen für Leib und Leben, weil die Reaktionszeiten zu gering sind. Deswegen müssen wir die Schutzkonzepte gerade dafür weiter vertiefen. Wir haben die Förderung übrigens auf 75 % erhöht. Das Problem ist: Es wird noch zu wenig nachgefragt, wie

immer beim Hochwasser. Findet das Hochwasser statt, sind alle dabei. Rückt das Ereignis etwas in die Ferne, sagt man: Das nächste Mal trifft es mich sowieso nicht mehr. Vielleicht mache ich das lieber nicht. – Deswegen müssen wir da langfristiger denken.

Deswegen ist entscheidend, dass wir einen verpflichtenden Hochwasser-TÜV einführen, bei dem die Wasserwirtschaftsämter mit den jeweiligen Gemeinden einen Praxi-scheck für Hochwasser durchführen und schauen, wie die jeweilige Gemeinde geschützt ist, um dann eine Empfehlung "ja" oder "nein" zu geben. Wir müssen dafür sorgen, dass vorhandene Fördermittel besser abgerufen werden, meine Damen und Herren. Es ergibt keinen Sinn, wenn wir hier Hochwassermaßnahmen beschließen und Hochwasserfinanzierung unterlegen, die am Ende aber nicht abgerufen wird. Wir sind es allen schuldig, die am Ende davon betroffen sind, an dieser Stelle mehr zu machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daneben braucht es aber auch – das mutet in diesen Tagen spannend an – einen schonenderen Umgang mit Wasser. Die Wahrheit ist nämlich, dass wir an einigen Stellen – wir haben das erlebt – so viele Niedrigwasserstände wie nie zuvor haben. An bestimmten Tagen ist der Grundwasserpegel schnell erreicht. Dann wird es mit der Wasserversorgung nicht ganz einfach. Deswegen ist das Ziel auch: Wasser sparen, speichern und steuern. Wir werden ein neues Wasserlenkungsmanagement etablieren auf der Basis der Expertenkommission, die beim Umweltministerium ins Leben gerufen wurde und getagt und Empfehlungen erarbeitet hat, zum Beispiel Regenwasser anders zu nutzen, Wasser aufzubereiten, Wasser zu leiten und zu lenken und, was auch wichtig ist, Wasser zu sparen.

Wasser ist ein ganz kostbares Gut. Deswegen werden wir einen Wasser-Cent einführen. Das ist ein kleiner Beitrag, um mit Wasser schonend und sparsam umzugehen und den Wasserschutz zu finanzieren. Da gibt es natürlich Ausnahmen für diejenigen,

die Wasser besonders intensiv nutzen, wie die Landwirtschaft. Aber wenn man das umrechnet, sind das kleine Beträge. Bei normalem, durchschnittlichem Wasserverbrauch handelt es sich dann pro Person um fünf Euro im Jahr, ein kleiner Beitrag. 13 von 16 Bundesländern haben das. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir müssen auch sensibilisieren und klarmachen: "Wasser" heißt nicht endlos duschen, sondern vernünftig organisieren. Der schonende Umgang mit den wertvollsten Ressourcen ist ein wichtiger Leitmaßstab für die Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Sektor, Klimabauen und Klimaarchitektur, natürlich energetische Sanierung staatlicher Gebäude – selbstverständlich. Da machen wir weiter Tempo, mit 250 Millionen Euro pro Jahr. Aber wir setzen eine zusätzliche, neue Priorität beim staatlichen Bauen, und die heißt Holz. Bei allen Argumenten, die von dieser und jener Industrie dagegen kommen: Holz ist in Bayern ein natürlicher Rohstoff. Jeder Kubikmeter Holz speichert eine Tonne CO<sub>2</sub>. Wir haben in Bayern übrigens auch genügend Möglichkeiten. Das Holz für ein Holzhaus, das in Bayern gebaut wird, wächst in 40 Sekunden nach. Das heißt, es gibt auch Potenzial dafür. Deswegen legen wir bei staatlichem Bauen eine klare Priorität auf Holz. Wo es geht, wird Holz verbaut. Es gibt Leuchtturmprojekte bei der TU Nürnberg oder beim Kunstcampus München. Ferner wird ein kommunales Förderprogramm mit dem Ziel etabliert, 50 Holzhäuser pro Jahr über kommunale Einheiten zu bauen. Wir fördern auch den mehrgeschossigen Privatbau. Bis 2030 sollen 400 Holzhäuser pro Jahr in Bayern entstehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Holz ist für uns eine der großen Chancen. Dies will ich festhalten. All denjenigen, die sich immer nur auf ein oder zwei Elemente versteifen, kann ich nur raten: Wer nicht das Gesamte im Blick hat, wird beim Klimaschutz scheitern. Es geht hier nicht um eine Maßnahme, sondern es geht um alles. Nur wer alles im Blick hat, kann das große Ziel erreichen, und dies tun wir, meine sehr verehrten Damen und Herren.



(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben Holz in der Priorität ist auch Klimaarchitektur wichtig: Urban Farming und Urban Gardening, also mehr Pflanzen an Fassaden und Dächern. Was ist der Vorteil daran? – Es kühlt und speichert Wasser. Übrigens erhitzen sich die Städte mehr. Das sind zwei bis drei Grad mehr als im Umland. Dies stellt eine erhebliche Belastung für Herz-Kreislauf-Geschädigte und ältere Menschen dar. Klimaarchitektur verbessert also das Mikroklima und ist gut für die Artenvielfalt. Nachverdichtung in den Städten wird dadurch attraktiver, weil die Architektur damit interessanter und schöner wird. Deswegen gilt künftig die Regel, an staatlichen Neubauten grundsätzlich Klimafassaden zu integrieren. Es wird Leuchtturmprojekte beim Urban Farming sowie Gemüseanbau auf staatlichen Dächern geben. Urban Gardening bedeutet Demogärten in über 40 Städten und mehr Stadtbegrünungsmaßnahmen durch City Greening. Unser klares Ziel, meine Damen und Herren, ist mehr Grün in der Stadt – nicht mehr GRÜNE, aber mehr Grün in der Stadt, wenn ich das sagen darf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Sektor, smarte und nachhaltige Mobilität. Mobilität ist für ein Flächenland wie Bayern natürlich sehr zentral. Das ist klar. Dies ist eine unserer Stärken und immer wieder herausfordernd. Bayern ist Autoland, und ich sage deutlich, wir bleiben es auch, meine Damen und Herren. Wir bleiben Autoland, ohne Wenn und Aber. Aber auch die Mobilität beim Auto verändert sich. Wir werden im September erleben, wie die neue IAA in München den Gedanken der Mobilität völlig neu interpretiert. Die Wirtschaft ist hier zum Teil übrigens viel weiter als die offiziellen politisch-gesellschaftlichen Debatten. Ich bin sehr sicher, dass der fossile Verbrenner vor 2035 auslaufen wird. Man sieht es an den ersten Autobauern, an denen die das machen. Das hat auch nichts mit der EU zu tun. Dies ist ein technologischer Anspruch. Das Automobil bleibt, aber mit anderen Antriebsformen. Bayern ist Automobilland, aber Bayern ist vor allem auch Elektromobilland. Auch dies ist etwas, was die wenigsten wahrnehmen. Bayern ist Vorreiter bei der Zulassung in Deutschland. Seit 2019 gab es dreimal so

viele Zulassungen. Wir sind Nummer eins bei den Ladesäulen und Ladepunkten. Meine Damen und Herren, dies ist wieder ein Beleg dafür: Alle, die sagen, Bayern liegt beim Klimaschutz zurück, sprechen Unsinn! Wir liegen gerade bei so etwas wie Elektromobilität klar auf Platz eins. Das wollen wir auch noch ausbauen und verstärken. Statt bisher 7.000 Ladesäulen wollen wir bis 2030 70.000 errichten, weil wir fest daran glauben: Mobilität ist auch eine Form von Freiheit. Diese Freiheit muss verantwortungsvoll genutzt werden. Was ist der Unterschied zu uns? – Die einen verbieten Autos, wir gestalten Autos mit einem neuen Antriebssystem moderner. Das ist die Zukunft, meine Damen und Herren, nicht die Vergangenheit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Gleiche gilt natürlich für den Ausbau von ÖPNV und SPNV. Bis 2035 sollen rund 850 Kilometer elektrifiziert werden. Ich bleibe übrigens auch dabei, dass wir das 365-Euro-Ticket bis 2030 haben wollen. Allerdings – das muss klar sein – brauchen wir auch bei dieser klimapolitischen Maßnahme die Unterstützung des Bundes mit mindestens 20 %. Daneben stellen wir ÖPNV und SPNV in Bayern auf klimafreundliche Antriebe um. Wir werden die Busförderung beim ÖPNV neu auf komplett emissionsfreie Klimabusse ausrichten. Das Ziel sind 400 Busse pro Jahr. Damit werden wir 2035/2040 möglicherweise schon komplett umgestellt sein. Für den SPNV gilt dies genauso. Bis 2040 wird die Umstellung auf grünen Treibstoff statt Diesel erfolgen. Wir werden in den nächsten Jahren Pilotstrecken für alternative Antriebsmodelle, ob Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe oder auch Elektro, schaffen. Wir werden bzw. das Verkehrsministerium wird zusammen mit Bahn und Kommunen ein Konzept erarbeiten, um zu überlegen, welche stillgelegten Nebenstrecken im ländlichen Raum von der Bahn reaktiviert werden könnten. Das ist nicht einfach, weil dies – auch finanziell – eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Ich glaube aber, dass wir hier ein großes Potenzial haben, um das Schienenangebot im ländlichen Raum zu verbessern. Das Ziel ist, nicht nur in der Stadt Entlastung zu haben. Mobilität ist nicht ein Privileg der Stadt, sondern sie muss überall in Bayern in gleicher Weise garantiert werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zudem wird die Radinfrastruktur verbessert. Bayern soll stärkeres Radland werden. Bis 2025 ist das Ziel schon jetzt, den Radverkehr von 11 % auf 20 % zu steigern. Bis 2040 ist eine weitere deutliche Steigerung möglich. Wie geht das? – Mit mehr Förderung und Ausbau: Schnellradwege, gerade vom Umland in die Metropolen, Radwege nicht nur entlang der Straße, sondern, um die klassischen Konflikte zwischen Auto und Rad zu entschärfen, auch an Bahnlinien und in Waldbereichen. Auch können neue Modelle in den Städten, wie aufgeständerte Radwege, diskutiert werden. Wichtig ist außerdem, dass wir allen Bediensteten des Freistaats Bayern ein Angebot für das Jobrad-Modell unterbreiten, weil dies gerade in den großen Metropolen ein wichtiger Ansatz ist.

Letzter Sektor, letzter Punkt, CleanTech, Klimaforschung und Green IT. Was ist unser Ziel bei CleanTech, Herr Wirtschaftsminister? – Der massive Ausbau von Wasserstoff als einer der alternativen Antriebe, gerade für Lkw und die Industrie. Wir wollen eines der führenden Länder für grünen Wasserstoff werden. Allein die Entscheidung der Europäischen Union und des Bundes mit uns zusammen, sechs große Industrieprojekte mit einem Fördervolumen von einer Milliarde Euro auf den Weg zu bringen, ist ein sehr wichtiger Aufschlag. Daneben hoffen wir sehr auf den Zuschlag für das Wasserstoffanwenderzentrum in Pfeffenhausen, mit dem wir in der nationalen Schlussrunde liegen. Wir bauen die Wasserstoffforschung und die Wasserstofftankstellen aus.

Wir haben im nördlichen Schwaben einen Ansatz der Batterieforschung, der in den nächsten Wochen noch deutlich verstärkt werden kann.

Last, but not least in diesem Zusammenhang: Wir werden auch eine neue, große Pilotanlage zu den vorhandenen Kapazitäten für synthetische Kraftstoffe entwickeln, insbesondere für synthetisches Kerosin. Das ist eine echte Chance. Ich wundere mich jedes Mal: Warum reden alle immer nur davon, das Fliegen zu verbieten? Warum wollen alle die Internationalität abkappen? – In bestimmten Bereichen wird man sie brau-

chen. Klar, beim Inlandsflug ist vieles nicht rentabel. Hier würde der Ausbau der Bahn helfen – Klammer auf: Wenn alle, die für die Bahn sind, dabei mithelfen würden, dafür zu sorgen, dass die Bahn möglich ist; Klammer zu. Die Realität ist doch, dass alle, die in München für die Bahn sind, vor Ort gegen neue Strecken sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich stehe dazu, ob Leitungen oder andere Vorhaben. Hier kann man sich auch nicht wegducken; denn am Ende geht es um das Gemeinwohl, nicht nur um das jeweilige Interesse. Alles muss regional im Dialog passieren. Am Ende kommt man jedoch an den Punkt, an dem man sich entscheiden muss. Das ist das Grundproblem beim Klimaschutz: Diesen gibt es nicht umsonst, nicht nur finanziell, sondern auch für die eigenen Fragen. Synthetische Kraftstoffe und synthetisches Kerosin, das nicht aus Pflanzen hergestellt wird, sind eine echte Chance, das Fliegen anders zu gestalten und einen Völlersatz von CO<sub>2</sub> zu erreichen. Darum wollen wir für synthetisches Kerosin eine sehr, sehr große Pilotanlage neu in Bayern etablieren.

Klimaforschung und Green IT zum Schluss: Wir werden unser Schneefernerhaus weiterentwickeln. Ich weiß nicht, ob es den meisten bewusst ist: Dieses ist eine internationale, hochwertige Forschungsstation. Wir arbeiten dort mit Partnern in der ganzen Welt zusammen, es ist unser großes Klimaforschungsinstitut. Wir bauen es deutlich aus. Wir werden in den nächsten fünf Jahren beispielsweise auch die Universitäten wie Weihenstephan-Triesdorf mit zehn neuen Lehrstühlen stärken, um insbesondere das Thema klimafreundliche und klimaresistente Landwirtschaft voranzubringen. In diesem Zusammenhang gibt es auch ein neues Modellprojekt des Landwirtschaftsministeriums, das auf den Weg gebracht wird. In der Nähe von Bamberg wird eine Indoor-Farm errichtet, bei der wir über flächen- und wassersparenden Anbau nachdenken: ganzjähriger Anbau, ein Hektar statt 35 mit gleichem Ertrag und bis zu 90 % weniger Wassereinsatz.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, wir müssen uns wirklich überlegen, neue Ideen und neue Wege zu gehen, um Altes zu bewahren; denn klar ist: Man wird es nie so lassen können, wie es war. Um aber das Wertvolle zu erhalten, muss man manchmal neue Wege gehen. Wer neue Wege nicht geht, bleibt im Gestern stehen. Dies tun wir in Bayern nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben also eine Menge vor. Ich könnte jetzt noch eine Stunde darüber reden. Nicht nur das Herz, sondern auch die Unterlage wäre damit voll. Entscheidend ist, dass alles nur Wirkung hat, wenn es ineinandergreift. Ein Element allein wird keine Wirkung haben. Zehn Photovoltaikanlagen und tausend Windräder mehr lösen das Problem nicht. Alles zusammengenommen – CO<sub>2</sub> in der Produktion zu reduzieren, CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre mit natürlichen Speichern zu reduzieren, staatliche Vorbildfunktion und Effizienz zusammenzubringen und neue Technologien beispielsweise bei neuen Antrieben in der Mobilität zu entwickeln –, das Ganze bringt die Ernte. Ansonsten wird es nicht funktionieren.

Auch einer Finanzierung bedarf es. Ich weiß, dass das immer so eine Frage ist. Ich bin dem Finanzminister sehr dankbar. Die Diskussion war gar nicht einmal so schwer, aber sie war nachhaltig. Die Frage ist: Ist das jetzt zu teuer? Wollen wir lieber nichts machen und abwarten? – Meine Damen und Herren, man sieht aber, dass entstehende Schäden ungleich größer sind als die Investitionen vorher. Es ist eine Frage der Klugheit, diesen Weg zu beschreiten.

Wir haben mit 1 Milliarde Euro, die für den Haushalt 2022 eingeplant ist, ein großes Investitionsprogramm für den Klimaschutz mit vielen Vorteilen in ganz Bayern. Bis 2040 sind es hochgerechnet übrigens fast 22 Milliarden Euro, wenn wir das fortsetzen. Das ist eine Menge Geld. Damit ist übrigens auch belegt, wie ernst es uns ist. Allen, die immer sagen, es sei nicht so ernst gemeint, kann ich nur sagen: Ernsthafter, als das Geld in die Maßnahmen zu stecken, kann man es nicht machen. Ich kenne im

Moment kein Bundesland – das ist nicht böse gemeint, ich habe extra noch einmal eine Abfrage gestartet –, das so viel in diese Fragen investiert wie wir.

Deswegen will ich noch einmal all denjenigen sagen, die immer debattieren, dass Klimaschutz nicht so wichtig sei: Bayern erklärt den Klimaschutz zu einer Priorität. Diese Priorität heißt für uns, dass wir den Erhalt der Heimat und des Klimas schaffen wollen, aber gleichzeitig auch den Erhalt und die Weiterentwicklung der Lebensqualität, meine Damen und Herren. Man soll in Bayern mit gutem Gewissen in die Zukunft gehen können. Das ist unser gemeinsames Ziel.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir ziehen Lehren. Wir engagieren uns. Wir wägen ab, und es gibt viele Maßnahmen und Kompromisse. Das fällt nicht allen leicht. Aber am Ende ist es die Kombination aus Haltung und Verstand. Nur die Haltung bringt wenig, wenn man die Maßnahmen nicht gut umsetzt. Kalter Verstand allein, ohne eine entsprechende ethische Basis, ist zu technisch. Deswegen werden wir jetzt Klimagesetz, Klimaprogramm und Klimahaushalt auf den Weg bringen.

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es heute klappt, aber ich würde mir eigentlich für ganz Deutschland wünschen, dass wir einmal versuchen, bei diesem Thema ein Stück weit eine neue Basis und Qualität der Diskussion zu finden, die überholten Rollenmuster hinter uns zu lassen und keinen Klassenkampf zu führen in der Frage – hier die Sponti-Ideologie der Achtzigerjahre, dort das verschwörungstheoretische Moment gegen den Klimawandel. Wir alle müssen ein Stück weit aus der Komfortzone heraus. Ich sage das auch meinen eigenen Leuten. Manches ist dabei, bei dem man nicht sofort mit voller Euphorie auf den Tisch springt, schätze ich jetzt mal.

(Zuruf)

– Das gilt aber auch für andere. – Aber es ist einfach notwendig, dass wir uns der Verantwortung stellen. Das Thema holt uns sonst ein. Ich würde mir wünschen, dass wir

auf der Basis der Wissenschaft diskutieren. Wissenschaft ist die beste Grundlage. Das haben wir auch bei Corona gemerkt. Unterm Strich war es der richtige Weg. Wer das ignoriert, wird grundlegend scheitern, meine Damen und Herren.

Barack Obama hat einmal gesagt: "Wir sind nicht die letzte Generation, die den Klimawandel erleben wird." – Das ist wohl wahr. Das geht länger. Aber wir sind vielleicht die letzte Generation, die wirklich etwas dagegen tun kann.

(Zuruf)

Ich möchte mir nicht irgendwann von meinen Kindern und vielleicht hoffentlich irgendwann Enkelkindern den Vorwurf machen lassen, dass wir uns aus Bequemlichkeit, Angst und Rücksicht nicht getraut haben, einen Schritt voranzugehen, obwohl wir eigentlich gewusst haben, dass wir mehr tun müssen. Ein "Yes we can" würde aber auch nicht ausreichen, sondern eher schon das, was Winston Churchill immer gemacht hat. Er hat bei ganz besonders schwierigen Akten immer den Stempel "Action This Day" draufgeknallt. Das ist unsere Aufgabe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Konzept, das wir gemeinsam auf den Weg bringen, bewahren und erhalten wir unser schönes Land. Gott schütze unsere wunderbare Heimat Bayern und gebe uns auch die Kraft, das zu tun, was für unser Land und die nächste Generation notwendig ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen orientiert sich auch daran, dass die Redezeitüberschreitung des Ministerpräsidenten 13 Minuten war. Daher wird die Redezeit auch jeweils erhöht. Die Redezeit der CSU beträgt nun 34 Minuten, die Redezeit der GRÜNEN 20 Minuten, die Redezeit der FREIEN WÄHLER 17 Minuten, die Redezeit von AfD und SPD jeweils 16 Minuten und die Redezeit der FDP 12 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4 Minuten sprechen. Ich eröffne nun die Ausspra-

che. Das Wort hat zunächst der Kollege und Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwig Hartmann.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bilder der letzten Tage aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Berchtesgaden sind erschütternd. Sie zeigen uns ganz deutlich, dass die Wetterextreme in einem Tempo zugenommen haben, wie wir es kaum kannten. In den letzten Jahren waren es die Dürren in Franken. Jetzt sind es die Starkregenereignisse. Weil die Erdüberhitzung immer weiter voranschreitet, haben sie ein Ausmaß erreicht, das wir nicht kannten.

Richtig ist, was von Barack Obama zitiert worden ist. Wir sind die erste Generation, die die Folgen der Erdüberhitzung zu spüren bekommt. Wir sind zugleich die letzte, die etwas dagegen tun kann. Ich möchte anfügen: Wir müssen dafür sorgen, dass die Folgen für uns, unsere Kinder und Enkelkinder irgendwie handelbar bleiben. Das ist unser Auftrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle wissen: Wir haben nur diesen einen Planeten. Er macht keine Kompromisse und wartet auch nicht. Das heißt, wir müssen im Hier und Jetzt handeln. Ich möchte ganz ehrlich zu dieser Debatte sagen, dass ich wirklich enttäuscht war, was uns gerade hier vorgelegt worden ist.

(Zurufe: Oh!)

Ich habe wirklich wenig Neues gehört. Ich habe vor allem einen Ministerpräsidenten gehört, der für diese Politik wahrscheinlich nicht die volle Rückendeckung in den Fraktionen der Regierung hat. Ich möchte eines noch einmal ganz deutlich machen, was ganz wichtig ist. Das kam mir deutlich zu kurz und gehört zur Ehrlichkeit der Debatte dazu: Ohne Veränderung wird Klimaschutz nicht funktionieren. "Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte." – Das hat der ehemalige Bun-



despräsident Gustav Heinemann bereits in den Siebzigerjahren gesagt. Das gilt auch heute noch. Klimaschutz heißt verändern, um zu bewahren, nicht mehr und nicht weniger.

Immer mehr Menschen sehen die Herausforderung und spüren die Auswirkungen. Sie wissen, dass wir so nicht weitermachen können. Sie wissen, dass wir etwas ändern müssen. Sie wollen auch nicht, dass wir ihnen länger vorgaukeln, dass wir Probleme mit Klein-Klein-Maßnahmen lösen können. Ja, es ist richtig: Der Umbau unserer Wirtschaftsform hin zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsform im laufenden Betrieb ist eine große, gewaltige Aufgabe. Es ist wirklich ein Gemeinschaftsprojekt und eine Generationenaufgabe. Aber dementsprechend muss man auch handeln, und zwar mit guten Ideen und Überzeugungen.

Vor allem eines hat mich heute echt erstaunt, Herr Ministerpräsident: Sie haben einen Konflikt in Ihrer eigenen Regierung zwischen Ministerpräsident, der für eine Solarpflicht ist, aber gegen Windkraft im Land, und Wirtschaftsminister, der für Windkraft ist, aber gegen eine Solarpflicht. Sie lösen das dann, indem Sie einfach nur sagen, Berlin soll doch bitte etwas vorgeben. Das ist keine Führungsstärke.

(Zuruf)

Aber Führungsstärke brauchen wir dringend, um die Klimaherausforderung gemeinsam mit den Menschen zu meistern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Führungsstärke statt Inszenierung, darauf wartet der Klimaschutz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bäume zu umarmen, das reicht nicht mehr aus.

Wir reden heute nicht zum ersten Mal über den Klimaschutz. Das muss ich ganz deutlich sagen. Herr Kreuzer grinst gerade etwas. Sie können sich vielleicht gut daran erinnern, als Edmund Stoiber 2007 eine ganz große Klimashow auf der Zugspitze mit ganz großen Ankündigungen gemacht hat. Was ist daraus geworden? – Gar nichts.

Jetzt will ich gar nicht so weit zurückgehen, weil ich immer so ehrlich bin, mich mit dem auseinanderzusetzen, der gerade an den Schalthebeln der Macht sitzt.

Schauen wir uns die letzten dreieinhalb Jahre in Bayern an. Was ist denn konkret beim Klimaschutz in diesem Land in der Zeit von Markus Söder passiert? Was haben wir denn in der Zeit erlebt? – Wir haben erlebt, dass in der Koalitionsvereinbarung ein Klimaschutzgesetz angekündigt wurde. Das war gut. Umweltminister Glauber hat bereits im Frühjahr 2019 von einem fertigen Entwurf gesprochen. In diesem sollten die Themen Gebäudesanierung, Dämmung, Minimierung der Prozesswärme und Verkehr eine zentrale Rolle spielen. Auch damals gab es noch Hoffnung; gekommen ist allerdings gar nichts. Stattdessen hat der Ministerpräsident im Hochsommer 2019 verkündet, dass das Kabinett im Herbst ein Klimaschutzgesetz mit dem zentralen Bestandteil eines Waldplans beschließen wird. Die Optimisten konnten wieder Hoffnung schöpfen; vorgelegt wurde aber nichts.

Erst Ende April 2020 kam der lang angekündigte Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Klimaschutzgesetz. 541 Tage sind vergangen, bis dem Landtag der erste Entwurf vorlag. Zum Vergleich: Baden-Württemberg schafft das in 63 Tagen. Daran sieht man, wo ernsthaft Klimaschutzpolitik betrieben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wird noch besser. Das von Ihnen Vorgelegte war unkonkret und unverbindlich. Nicht einmal das, was Sie selber angekündigt haben, hat man nachher im Gesetz gefunden. Alle Ankündigungen dienten bloß für Überschriften. Alles Stattgefundene war nur Blenderei und eine große PR-Show.

Aber es geht noch weiter.

(Zuruf)

Ich rede über diese Landesregierung. Ist diese Landesregierung für Sie schon Vergangenheit?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder)

Ich rede von dieser Landesregierung. Ich rede von dieser Staatsregierung. Darauf können wir uns verständigen. Ich bin überzeugt davon, dass Karl Valentin seine große Freude gehabt hätte; denn es geht noch weiter.

Sie haben den Gesetzentwurf zum Ende des letzten Jahres beschlossen. Das Klimaschutzgesetz ist dann zum 01.01.2021 in Kraft getreten. Dann kam das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Also nicht einmal vier Monate später mussten Sie es selber wieder in die Tonne treten. Vorher haben Sie hier ganz groß verkündet, dass es das modernste Klimaschutzgesetz in ganz Deutschland ist. Was stimmt denn jetzt nun? So kann man doch nicht Politik machen. Das ist doch keine Verlässlichkeit! Da fehlt doch die klare Linie! Wo wollen Sie eigentlich hin? Heute erzählen Sie das Gleiche wie damals: etwas mehr Tempo, etwas mehr dazu. Das löst das Problem nicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie müssen eine Politik finden, die unsere Lebensgrundlagen grundlegend schützt, und auch nach ihr handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was muss man jetzt aktuell lesen? – Minister Glauber hat seit elf Wochen auf seinem Schreibtisch in der Staatskanzlei einen Entwurf zu einem neuen Klimaschutzgesetz liegen. Liegt er denn dort gut? Macht man denn so Politik? Kann man den Entwurf nicht vorlegen und über ihn diskutieren? Sie haben gerade selber gefragt: Wäre nicht der erste Schritt, das fertig Vorliegende dem Landtag zu zeigen, darüber zu diskutieren und Wege aufzuzeigen? Sie haben es gerade angeboten. Stattdessen liegt der Entwurf seit elf Wochen bei Ihnen! Das muss anders werden. Ich möchte Bayern noch einmal mit Baden-Württemberg vergleichen. Ich glaube, das bringt es gut auf den Punkt.

In Baden-Württemberg wurde am 11. Mai 2021 die Koalitionsvereinbarung unterschrieben, mit der das Klimaschutzgesetz verschärft werden soll. Übrigens war das

schon die dritte Novelle des Klimaschutzgesetzes. Baden-Württemberg hatte schon 2013 ein Klimaschutzgesetz!

Das Gesetz ist schon nach 63 Tagen trotz Regierungsbildung und trotz neu besetzter Ministerien gefolgt. Trotz Corona wurde geliefert. Auch inhaltlich ist Baden-Württemberg Bayern um Lichtjahre voraus. Das Ziel, die Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, ist gesetzlich festgelegt. Die Solarpflicht für Neubauten und für den Bestand ist gesetzlich festgelegt. 2 % der Landesfläche dienen als Vorrangflächen für die Stromerzeugung mit Wind und Sonne. Auch das ist gesetzlich festgelegt. Die Einrichtung einer wissenschaftlichen und unabhängigen Expertenkommission ist gesetzlich festgelegt worden. Sie sehen: Man kann es anders machen, wenn man regiert und an den Schalthebeln der Macht sitzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bin ehrlich: Herr Ministerpräsident, ich spreche Ihnen die Kompetenz gar nicht ab. Ich meine das absolut ernst. Mir geht es darum: Man muss gemäß dem handeln, was man sich vorgenommen hat. Ich glaube und bin davon überzeugt, dass Sie die Zusammenhänge begriffen haben. Ich bin da ganz bei Ihnen. Das Wissen und die richtige Kenntnis zu haben, reicht aber nicht aus, wenn das politische Handeln nicht entsprechend folgt.

Sie haben angeboten, man könne ein Praktikum in Bayern machen, um bestimmte Sachen im Umweltbereich zu lernen. Ich würde Ihnen aber – ich glaube, ein Praktikum würde gar nicht ausreichen – eine Lehre in Baden-Württemberg beim Ministerpräsidenten von den GRÜNEN anbieten. Er kann ganz deutlich zeigen, wie man gemeinsam mit einem schwierigen Koalitionspartner – den haben Sie und auch Herr Kretschmann – gemeinsam in 63 Tagen ein weitgehendes Klimaschutzgesetz aufs Gleis setzen kann. Das wäre der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen noch eines: Ihnen wird niemand einen Plagiatsjäger auf den Hals hetzen, wenn Sie dort fleißig kopieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sollten so ehrlich sein: Ein gutes Gesetz allein reicht für einen guten Klimaschutz nicht aus. Das wurde vorher schon angesprochen. Umso wichtiger ist es doch, endlich einen Klimapakt mit den Menschen im Land zu schließen. Wir müssen Klimaschutz als Gemeinschafts- und Generationenaufgabe begreifen und dauerhaft nach ihr handeln. Wir haben doch so viele Stadtwerke, Energiegenossenschaften, Unternehmen, Dörfer und Städte, die für mehr Klimaschutz in Bayern anpacken wollen. Die Menschen möchten Verantwortung für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen übernehmen. Hören Sie bitte endlich auf, diese Personen zu bremsen! Unterstützen Sie sie!

Sie haben das Thema Bahn angesprochen. Wäre es nicht der erste Schritt, die Blockade der Reaktivierungsbemühungen betreffend Bahnstrecken endlich fallen zu lassen? Baden-Württemberg und Hessen haben einen ganz anderen Weg gewählt, nämlich um der Bahn im ländlichen Raum etwas zu ermöglichen und nicht um etwas zu verhindern. Hier kann man grundlegend von heute auf morgen etwas ändern. Dazu bräuchten Sie den Landtag nicht. Sie können es einfach machen, und das erwarten wir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines muss ich aber noch sagen. Auch mein Kollege Martin Stümpfig wird das noch ansprechen. Ich habe oft das Gefühl, dass hier bei den Regierungsfractionen durchaus beim Thema Klimaschutz eine Politik vorherrscht, die man mit den Wörtern "verschleppen", "verzögern", "verhindern" und "ausbremsen" beschreiben kann. Ich möchte es so deutlich sagen, weil die Debatten der vergangenen Wochen und Monate nicht

dafür gesprochen haben, dass aus den Fraktionen Ideen kommen, um diese Herausforderungen wirklich angehen zu können.

Neben einem Pakt zwischen den Menschen im Land ist es wichtig zu begreifen: Wir müssen die Natur im Kampf für unsere Lebensgrundlagen als Verbündete begreifen und sie auch so behandeln. Sie haben zu Recht die Themen Wälder, Moore und Wiesen angesprochen. Diese drei sind unsere natürlichen Verbündeten im Kampf gegen die Erdüberhitzung. Dann sorgen Sie aber bitte auch für deren Schutz, und unterbinden Sie endlich, dass diese Flächen weiter zerstört werden! Man muss es so deutlich sagen. Hören Sie endlich auf, den Staatswald, den Wald im Besitz der Bürgerinnen und Bürger, für Gewerbegebiete zu verkaufen! Stoppen Sie den Verkauf staatlicher Waldflächen für Gewerbeansiedlungen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Beispiel in der Oberpfalz in Teublitz. Ein kerngesunder Klimaschutzwald soll dort einem Gewerbegebiet weichen. Der Eigentümer ist der Freistaat Bayern. Sie können heute zum Telefonhörer greifen und die Staatsforsten anweisen, keine Waldgebiete mehr zu verkaufen, die nachher gerodet werden. Ein gesunder Wald, der schon da ist, ist allemal besser als ein Wald, der neu gepflanzt werden muss. Das muss doch jedem klar sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen statt Reden ist das Gebot der Stunde. Das ist das Entscheidende, was heute gefehlt hat. Es waren viele Ankündigungen. Man kann auch sagen: Eine Ankündigung hat die nächste gejagt.

Nehmen wir das Thema Moore. Auch darüber haben Sie viel geredet, und zwar nicht zum ersten Mal. Das Thema ist absolut wichtig, das haben Sie richtig erkannt. In einem ersten Schritt – ich bin da ganz bei Ihnen – landwirtschaftliche Flächen zu renaturieren, ist nicht einfach. Ich kenne diese Gespräche. Fangen wir doch mit den 15 bis

20 % der bayerischen Moore an, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden. Das können wir doch umgehend machen, um dort die CO<sub>2</sub>-Speicherfunktion zu erhalten. Weiter wir die Möglichkeit aus, in Bayern Klimaschutzgebiete auszuweisen, um diese Flächen zu schützen.

Auch das Thema sparsamer Umgang mit Grund und Boden ist ganz entscheidend. Wiesen binden auch CO<sub>2</sub>. Das heißt aber auch, endlich eine Politik zu bekommen, die den Flächenfraß in Bayern eindämmt, das heißt, eine Landesplanung durchzuführen, die dafür sorgt, dass wir sparsamer mit Grund und Boden umgehen.

In Bayern gibt es überdimensionierten Straßenbau. Herr Kreuzer, als Beispiel sei die B12 im Allgäu genannt, die einer Autobahn ähnlich ausgebaut werden soll. Wir können sparsamer mit Grund und Boden umgehen und leisten damit auch einen Beitrag zum Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte kurz noch zwei Punkte aufrufen, die der Ministerpräsident angesprochen hat, die ich so aber nicht stehen lassen kann. Ich weiß, dass Sie Länder gerne vergleichen. Das kann man machen, man sollte es aber ehrlich machen.

Schauen wir uns einmal das Thema Ladesäulen in den Bundesländern an. Jeder, der ein E-Auto hat, weiß: Im Land soll ein möglichst dichtes Netz an Ladesäulen vorhanden sein. Es kommt auf die Größe der Fläche und die Anzahl der Ladestationen an. Baden-Württemberg hat pro 1.000 Quadratkilometer 190 Ladepunkte, Bayern hat dagegen nur 120. In der Zeit ab 2018, in Ihrer Amtszeit, hat Bayern bei den Ladepunkten um 87 % zugelegt, Baden-Württemberg um 1.200 %. Das macht einen Unterschied, und zwar einen deutlichen Unterschied.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Mein Kollege Martin Stümpfig wird nachher noch auf die Energiepolitik eingehen. Ich möchte hier

noch einmal Folgendes ganz deutlich sagen und Sie um etwas bitten: Grüne Ideen für echten Klimaschutz liefern wir gerne. Wir greifen auch Ihr Angebot auf. Bitte greifen Sie unsere Vorschläge aber auch auf und setzen Sie sie um, reden Sie nicht nur darüber. Für mich steht außer Frage: Es ist unsere Pflicht, zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu handeln. Das ist keine Option, sondern das ist unsere Pflicht unserer Umwelt, unseren Kindern und unseren Enkelkindern gegenüber. Unser Angebot steht, mitzuhelfen und mitzuarbeiten. In der nächsten Woche können wir gerne gemeinsam eine Sonderplenarsitzungswoche dranhängen, eine Klimaschutzwoche in Bayern, um wirklich dringende Maßnahmen endlich aufs Gleis zu setzen. Die Erdüberhitzung macht keine Sommerpause; wir sollten es in diesem Bereich auch nicht tun.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Vorsitzende der CSU-Fraktion Thomas Kreuzer.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns allen ist bewusst, der Klimaschutz ist eine Jahrhundertaufgabe. Bayern stellt sich dieser Aufgabe, nicht nur in Zukunft, sondern auch schon heute. Nirgendwo in Deutschland wird so großer Wert auf Natur- und Umweltschutz gelegt wie in Bayern. Bereits 1984 war Bayern mit dem Staatsziel Umweltschutz in der Verfassung Vorreiter in Deutschland, als andere noch gar nicht darüber gesprochen haben. Nur nebenbei sei bemerkt: Herr Hartmann, es liegt an den GRÜNEN, dass der Klimaschutz nicht auch schon längst in der Bayerischen Verfassung als Staatsziel verankert ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dies war ein schwerer Fehler. Es war richtig, Arten- und Naturschutz in der Verfassung zu verankern, um die Bedeutung bei allen Maßnahmen hervorzuheben. Sie haben das aus parteipolitischen Gründen beim Klimaschutz abgelehnt.



(Beifall bei der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung eindrucksvoll dargestellt: Was wir in Bayern für den Klimaschutz tun, kann sich sehen lassen. Das ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit, aber es ist auch kein Grund, alles schlechtzureden, so wie Sie das tun, Herr Kollege Hartmann. Sie sprechen anderen den Willen ab, die Problematik anzugehen. Sie verleugnen einfach die Erfolge. Sie bestreiten, dass in den letzten Jahren die CO<sub>2</sub>-Belastung pro Kopf deutlich abgenommen hat. Das kommt in Ihren Reden nicht vor. Sie erwecken den Eindruck, dass Klimaschutz nur dadurch zu bewerkstelligen ist, dass man entsprechende gesetzliche Grundlagen schafft. Sie erwecken den Eindruck, dass das Thema Klimaschutz weitergebracht wird, wenn der Bayerische Landtag seine Sitzungsperiode um eine Woche verlängert und in aller Schnelle ein Klimaschutzgesetz durchpaukt. Das ist alles falsch, Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU)

Das hat mit sachlicher Auseinandersetzung nichts zu tun, das ist der Bundestagswahlkampf einer Ein-Themen-Partei, was Sie hier betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben hier selbst Vergleiche mit Baden-Württemberg angestrengt. Ich werde bei meinen Ausführungen heute auch etwas in den verschiedenen Bereichen vergleichen. Nur kurz zu einem Zwischenruf der GRÜNEN: Baden-Württemberg ist in der Fläche kleiner, aber Baden-Württemberg hat 11 Millionen Einwohner, und Bayern hat 13 Millionen Einwohner. Baden-Württemberg hat nahezu die gleiche Wirtschaftskraft wie der Freistaat Bayern im Verhältnis zu den Einwohnern, und darauf kommt es an. Wir müssen natürlich Energie für die Bürger und für die Wirtschaft produzieren und nicht für die Fläche des Bayerischen Waldes, wo der Wald steht, lieber Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern leisten wir einen erheblichen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele von Paris. Seit 2008 haben wir mehr als 1 Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert. Das ist mehr als in jedem anderen Bundesland. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf ist in Bayern seit den 1990er-Jahren deutlich zurückgegangen, von fast acht auf sechs Tonnen. Wir haben es geschafft, Wirtschaftswachstum und CO<sub>2</sub>-Ausstoß – wir hatten eine gute wirtschaftliche Phase – voneinander zu entkoppeln. Das hat es früher überhaupt nicht gegeben. Unser Maßstab für die Zukunft heißt: ein klimaneutrales Bayern bis zum Jahr 2040 und eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um mindestens 65 % bis zum Jahr 2030. Damit geben wir als Freistaat ein deutlich ehrgeizigeres Ziel vor als andere Teile Europas und auch als die Bundesrepublik Deutschland insgesamt.

Meine Damen und Herren, Bayern ist schon heute Vorreiter beim Klimaschutz. Ich möchte das an drei Punkten deutlich machen. Beispiel Elektromobilität: Fast jedes fünfte in Deutschland neu zugelassene Elektro- und Hybridauto kam im vergangenen Jahr in Bayern auf die Straße. Mit aktuell 8.500 Ladesäulen ist Bayern Spitzenreiter bei der Elektromobilität. So hat es der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft vor Kurzem ermittelt. Baden-Württemberg liegt mit gerade einmal 7.000 Ladesäulen deutlich dahinter, und das, wohlgemerkt, bei einer grün-geführten Landesregierung. Da kommt es nicht auf die Fläche des Landes an, Herr Kollege Hartmann, sondern auf die Zahl der Menschen und auf die Zahl der Fahrzeuge. Baden-Württemberg hat weniger.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

– Ja, ich würde da auch so nervös reagieren. Ihr Ministerpräsident ist jetzt immerhin schon in der dritten Periode dran. Das ist kein Anfang mehr, jetzt kann man sich nicht mehr auf die CDU von früher berufen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das Beispiel zeigt wieder einmal: Wohlfeile Worte und konkretes Handeln klaffen bei den GRÜNEN meist weit auseinander.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Beispiel erneuerbare Energien: Bayern ist deutscher Meister bei der Solarenergie. Bei uns gibt es mehr als doppelt so viele Photovoltaikanlagen wie in Baden-Württemberg, obwohl die Einwohnerzahl fast gleich groß ist. Der Zuwachs war im vergangenen Jahr in Bayern doppelt so groß wie in Baden-Württemberg,

(Unruhe bei den GRÜNEN)

und auch in der Solarthermie liegen wir im Vergleich ganz vorne. Das sind die Fakten. Die Worte, die Sie sprechen, stimmen nicht mit diesen Fakten überein. Laut Bundeswirtschaftsministerium ist die auf erneuerbaren Energien basierende installierte Kraftwerksleistung in Bayern mit über 20 Gigawatt so groß wie nirgendwo sonst in Deutschland. Auch hier kommt Baden-Württemberg noch nicht einmal auf die Hälfte des Wertes bei fast der gleichen Bevölkerungszahl. Dort sind sie viel weiter hinten als Bayern, und dafür sind Sie und Ihre Partei verantwortlich.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft ist bei uns in Bayern zu Hause. Bayern ist das Ökoland Nummer eins in Deutschland, und zwar mit Abstand. Dafür gibt Bayern auch weit mehr Geld für Agrarumweltmaßnahmen aus als andere Bundesländer. All diese Anstrengungen kommen unserer Umwelt und auch dem Klima zugute. Dies gilt auch für die Wälder. Die Waldfläche in Bayern wächst, und wir wollen, dass sie weiter wächst; der Herr Ministerpräsident hat das angekündigt. Ich sage aber auch ganz klar: Wenn Sie die Dinge unter Klimaschutzgesichtspunkten betrachten, dann müssen Sie für den Wirtschaftswald sein, für den Wald, der umgetrieben wird, bei dem das Holz am Ende genutzt wird, entweder zum Bauen oder für thermische Zwecke. Wenn Sie einen reinen Naturwald haben, nutzen Sie das CO<sub>2</sub> nicht; die Bäume fallen irgendwann um, sie verrotten, und das CO<sub>2</sub> wird nutzlos nach außen abgegeben. Deswegen sind wir für die nachhaltige Bewirtschaftung eines Großteils unserer Wälder in Bayern, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Hartmann, Sie haben das Thema Windkraft angesprochen. Das klingt bei Ihnen, aber auch bei Teilen der Medien immer so: 10 H weg, und alles ist gut in diesem Bereich. – Alles ist gut. Es ist aber ganz sicher nicht allein die 10-H-Regelung, die in Bayern Windräder verhindert. Im Jahr 2014 wurden bundesweit 1.766 neue Windkraftanlagen errichtet. 2019 waren es bundesweit nur noch 325. – 1.766 im Vergleich zu 325. Überall in Deutschland gab es also einen erheblichen Einbruch beim Ausbau der Windkraft. Ich beziehe mich jetzt auf Zahlen des Bundesverbandes der Windenergie, weil ich davon ausgehe, dass die richtig sind. Baden-Württemberg hat 2020 12 Anlagen mit einer Anschlussleistung von 37 Megawatt gebaut. 12 Anlagen – 37 Megawatt. Der Verband teilt mit, Bayern hat 8 Anlagen mit 32 Megawatt. Das heißt, Baden-Württemberg hat 5 Megawatt mehr ohne die 10-H-Regelung. Das müsste aber in Baden-Württemberg doch laufen wie geschnitten Brot, wenn es nur die 10-H-Regelung wäre, Herr Kollege Hartmann!

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus hat Baden-Württemberg heute auch bei der Windenergie weit mehr als ein Drittel weniger installierte Leistung als Bayern, hat also wesentlich weniger Windkraft als Bayern. Wenn sie pro Jahr 5 Megawatt aufholen, dann müssten sie diese rasante grüne Aufholjagd mindestens 800 Jahre fortsetzen, um Bayern zu erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das ist zu langsam. Vor allem ist es dann nicht angemessen, hier große Sprüche zu machen, wenn man die Dinge selber überhaupt nicht auf den Weg bringt.

Abstandsregeln zum Schutz der Anwohner werden auch in anderen Ländern eingeführt. In Schleswig-Holstein haben die GRÜNEN unter Führung von Robert Habeck

ausdrücklich zusätzliche Mindestabstände, die über die Bundesregelung hinausgehen, in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

Bayern, überhaupt Süddeutschland, hat bei der Windenergie außerdem schlichtweg einen natürlichen Standortnachteil, den man nicht wegdiskutieren kann. Ein Vergleich mit Küstenländern ist somit wohlfeil. Man kann uns nicht mit Niedersachsen oder Schleswig-Holstein vergleichen. Hingegen haben diese Länder und auch der Osten keine Chance, mit uns in der Solarenergie mithalten, weil dort wir die besseren Voraussetzungen haben.

Oft sind es auch die aufwendigen Genehmigungsverfahren und zum Beispiel die Belange des Natur- und Artenschutzes, an denen der Ausbau der Windkraft in vielen Fällen scheitert. Das ist doch die Realität.

Sprechen Sie doch mal mit Investoren! Bringen Sie mir die Leute, die wegen 10 H nicht bauen! – Ich kann Ihnen sofort welche bringen, die mit 10 H überhaupt kein Problem haben, weil sie die Mehrheit in ihren Gemeinden hinter sich haben. Sie trauen sich aber nicht, weil sie Angst haben, das Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren nicht zu überstehen. Sie haben Angst, beispielsweise bei einer Bürgeranlage für mehrere Windkraftträder 150.000 Euro an Planungskosten in den Sand zu setzen und die Angelegenheit dann nicht umsetzen zu können. Daran krankt es doch in der Realität. Wenn es nur an 10 H läge, dann müsste man in Baden und Württemberg doch auf allen Hügeln des Landes Bewegung sehen.

(Beifall bei der CSU)

Die Bayerische Staatsregierung blockiert den Ausbau der Windkraft nicht, sondern sie unterstützt ihn

(Unruhe – Zurufe)

und begleitet die Kommunen bei der Bauleitplanung. Die Gemeinden können auf diesem Wege im Einvernehmen mit der Bürgerschaft vor Ort jederzeit andere, geringere

Abstände festlegen. Ich unterstütze hier das Programm des Wirtschaftsministers. Ich halte dies für erfolgreich, um Gemeinden, die dies wollen, zu unterstützen, damit eine Anlage realisiert werden kann.

Ich sage aber auch noch eines: Im Grundsatz bleibt es dabei: Wir wollen Windkraftanlagen. Wir wollen sie aber mit den Bürgern vor Ort. Wir wollen nicht, dass ihnen in den Gemeinden von außen Windräder gegen ihren Willen vor die Nase gesetzt werden können. Dies ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CSU)

Keine Frage: Wir wollen und müssen unsere Anstrengungen zum Klimaschutz weiter verstärken. Wir dürfen aber bei all diesen Bemühungen nicht vergessen, dass Bayern ein herausragender Industrie- und Technologiestandort ist. Das soll auch so bleiben. Wir leben vom Export. Wir wollen unsere Klimaziele erreichen. Wir müssen dabei aber auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben.

Unsere Wirtschaft steht aktuell vor enormen Herausforderungen. Viele bayerische Unternehmen und Selbstständige sind durch die Corona-Pandemie immer noch stark belastet. Das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft sind unsere mittelständischen Unternehmen. Sie dürfen nicht abgehängt werden; denn nur der Erhalt von Wohlstand und sozialer Sicherheit schafft auf Dauer auch die nötige Akzeptanz der Menschen für mehr Klimaschutz.

Wer Klimaschutzpolitik gegen die Menschen macht, wird die Menschen auf diesem Weg verlieren. Gegen die Menschen ist in einer Demokratie auf Dauer keine Politik durchzusetzen. Wir müssen die Menschen deswegen mitnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sagen deshalb, dass wir Klimaschutz mit Wertschöpfung für unsere Wirtschaft und für die Menschen, die in Bayern leben und arbeiten, verbinden wollen. Für uns als CSU-Landtagsfraktion und die Regierungsfraktionen insgesamt gilt der Dreiklang aus

Wirtschaftlichkeit, Klimaschutz und sozialer Verträglichkeit. Unser Ziel ist und bleibt das ökologische Wirtschaften in einer sozialen Marktwirtschaft.

Der Wirtschaftsstandort Bayern bleibt international nur dann wettbewerbsfähig, wenn wir unsere bayerischen Unternehmen bei der Transformation hin zur CO<sub>2</sub>-Neutralität unterstützen und nicht aus Bayern verdrängen. Dies hätte auch ökologisch ganz große Nachteile und würde uns zurückwerfen.

Ich nenne als ein Beispiel von vielen nur Wacker Chemie Burghausen. Das Unternehmen ist heute Weltmarktführer bei Solarzellen. Wir brauchen eine Energiepolitik, die dafür sorgt, dass Wacker auch in Zukunft noch in Burghausen Solarzellen produzieren kann. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass jedes Solarpanel, das statt in Burghausen in China hergestellt wird, aufgrund anderer Produktionsart in der Produktion bis zu 75 % mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen als hierzulande verursacht und damit den Klimaschutz konterkariert.

Meine Damen und Herren, wenn die Dekarbonisierung am Ende zur Deindustrialisierung in Deutschland und Bayern führt, dann verlieren wir die Arbeitsplätze, verlieren aber auch im Kampf um den Klimaschutz. Das dürfen wir nicht zulassen.

Wir setzen auf Wasserstoff. Wir setzen auch auf saubere Technologien und Innovationen, damit Klimaschutz für Bayern auch zum wirtschaftlichen Erfolg wird. Es ist gut und richtig, dass wir mit der Hightech Agenda Bayern einen wichtigen Grundstein für Forschung und Entwicklung gerade auch in diesem Bereich gelegt haben.

Wir setzen neben dem sinnvollen Ausbau der erneuerbaren Energien auf die Entwicklung intelligenter Netze, innovativer Technologien und synthetischer Kraftstoffe für die Mobilität der Zukunft. Auch beim nachhaltigen Bauen entstehen enorme Potenziale durch weniger Ressourcenverbrauch, heimische Baustoffe und nachwachsende Rohstoffe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen uns in Bayern seit vielen Jahren bewusst mit Veränderungen des Klimas auseinander. Nötiger denn je sind Klimaforschung auf allen Ebenen und Maßnahmen zur Klimaanpassung. Auch früher hat es schon Unwetter mit katastrophalen Folgen gegeben. An der Ahr, die aktuell so schwer betroffen war, sind extreme Hochwässer beispielsweise aus den Jahren 1910 und 1804 dokumentiert.

Klar ist aber auch, dass wir mit solchen Ereignissen in Zukunft häufiger zu rechnen haben werden, als dies in der Geschichte der Fall war. Die extremen Starkregen der vergangenen Tage haben deutlich gezeigt, dass es hier sehr schnell um wirtschaftliche Existenzen und leider auch um viele Menschenleben geht.

An erster Stelle muss deshalb stehen, den unverschuldet in Not geratenen Menschen jetzt schnell und unbürokratisch zu helfen. Ich danke deshalb der Staatsregierung für ihr Hilfsprogramm für die Hochwassergeschädigten in Bayern, das sie gestern beschlossen hat. Meine Damen und Herren, dies war der richtige Schritt.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen uns darüber hinaus künftig noch besser auf solche Wetterextreme vorbereiten. Wir müssen beispielsweise das Starkregenmanagement noch deutlich verstärken. Ich gebe dem Ministerpräsidenten recht: Lieber Herr Umweltminister, das gilt gerade für Gebiete und Dörfer, in denen man bisher nicht so daran gedacht hat. Wenn ich beispielsweise das Allgäu anschau und sehe, was in Oberstdorf, in Kempten oder in den Poldern dazwischen gemacht worden ist: Da ist natürlich enorm viel investiert worden. Die Dinge treffen ja aber gerade Städte und Gemeinden, in denen man so etwas seit Menschengedenken nicht erlebt hat und sich somit nicht vorbereitet.

Ich fordere die Wasserwirtschaftsämter deshalb auf – und bin dankbar dafür –, dies voranzutreiben. Es ist nicht so, dass dort nichts geschieht. In meiner Heimat wird eine Gemeinde nach der anderen mit einem Polder oder einem Umlaufgraben geschützt. Wir müssen das weitermachen. Das ist unbedingt notwendig; denn, wie es der Minis-



terpräsident gesagt hat, auch kleine Flüsse können zu reißenden Tsunamis werden. Wir brauchen deshalb auch hier die entsprechenden Schutzmaßnahmen.

Herr Kollege Hartmann, es geht aber gar nicht zu behaupten, die deutsche Politik habe die Starkregenereignisse der letzten Jahre verursacht oder Armin Laschet sei für die Hitzetoten in Kanada verantwortlich. Das hat immerhin ein Fraktionsvize der GRÜNEN im Deutschen Bundestag behauptet. – Das ist nicht nur in der Sache absurd. Das ist ein schäbiger Wahlkampf, der Naturkatastrophen und deren Opfer zum eigenen politischen Vorteil instrumentalisiert. Wir lehnen das entschieden ab.

(Beifall bei der CSU)

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Weder seine Ursachen noch seine Folgen machen an irgendwelchen Grenzen halt. Herr Kollege Hartmann, Bayern alleine kann, auch wenn gern der Eindruck erweckt wird, den Klimawandel auch mit noch so großen Anstrengungen nicht aufhalten. Auf Deutschland entfallen gerade einmal 2 % der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Deshalb brauchen wir gerade hier ein international abgestimmtes Vorgehen. Damit ich hier nicht missverstanden werde: Wir müssen und wollen natürlich auch unseren eigenen Beitrag leisten. Aber das Klima können wir nur dann wirksam schützen, wenn auch China, Amerika, Russland, Indien und gerade auch Afrika mit seinem riesigen Bevölkerungswachstum entsprechend mitziehen und entsprechend durch die westliche Welt unterstützt werden, weil sie diese Herausforderung alleine wahrscheinlich nicht bewältigen können.

Entscheidend ist auch: Wir müssen die Menschen mitnehmen, mit Anreizen und Innovationen statt mit Verboten und Bevormundung, wie es die GRÜNEN machen. Kampf gegen Kurzstreckenflüge, Kampf gegen Einfamilienhäuser, Kampf gegen den Straßenbau, Kampf gegen den Fleischkonsum: Das sind Stichworte, die bei den GRÜNEN fallen, wenn es einmal konkret wird in der Klimapolitik. Damit schrecken sie aber viele Menschen ab, statt sie zu motivieren.

Ich sage es noch mal: Wir werden dieses große Ziel nur mit einem Engagement aller Menschen erreichen, und es wird natürlich auch die einzelnen Menschen in gewisser Beziehung treffen. Sie werden ihre Mobilität etwas zurücknehmen müssen, sie werden Energie einsparen müssen. Vielleicht werden sie auch an ihren Ernährungsgewohnheiten etwas ändern müssen. Aber wir müssen sie dazu motivieren und nicht glauben, wir könnten ihnen dies vorschreiben. Ein solcher Plan wird scheitern, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen ist dies nicht unsere Politik.

Bayern ist bei der Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens auf einem guten Weg, aber natürlich noch längst nicht am Ziel. Wir arbeiten an einem klimaneutralen Bayern, das Klimaschutz, wirtschaftliche Vernunft und soziale Absicherung der Menschen miteinander verbindet. Der Ministerpräsident hat heute den Weg dorthin aufgezeigt. Ich bin davon überzeugt: Erfolgreich beschreiten werden ihn nicht grüne Ideologen, sondern unsere bürgerliche Regierungskoalition in Bayern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Kreuzer, Sie können am Rednerpult bleiben. Wir haben vier Zwischenbemerkungen.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Ich habe es mir schon gedacht!

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Zur ersten hat sich der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk gemeldet. Herr Plenk, bitte.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Herr Kreuzer, inwieweit ist die CSU bereit, auch für den Klimaschutz Grundrechte und bürgerliche Freiheiten einzuschränken?

**Thomas Kreuzer (CSU):** Klimaschutz muss sich im Rahmen der Gesetze bewegen. Grundrechte einzuschränken ist der falsche Weg. Man muss den Leuten natürlich auch das eine oder andere abverlangen. Das ist ganz klar. Klimaschutz geht nicht kos-

tenlos oder ohne jede Anstrengung des Einzelnen. Aber eine Einschränkung von Grundrechten ist dazu aus meiner Sicht nicht möglich, und ich lehne dies ab.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke. – Die nächste Zwischenbemerkung macht der Abgeordnete Prof. Hahn von der AfD-Fraktion.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Sehr verehrter Herr Vorsitzender Kreuzer, die heutige Regierungserklärung von Ihnen und Herrn Ministerpräsident Söder ist doch unlauter. Ist es denn nicht schändlich, dass Sie so etwas noch nicht mal eine Woche nach dieser Hochwasserkatastrophe hier platzieren und diese selbst mitverantwortete Hochwasserkatastrophe – wir wissen ja, dass wir 160 Tote haben – auch noch für Ihre Klimasideologie – denn das ist ja der Titel heute hier – nutzen? – Das ist doch mittlerweile eine Pauschalausrede. Der Klimawandel dient Ihnen als Ausrede für alles: für Migration, für Artensterben und jetzt eben auch für die Hochwassertoten. Nach der Flut haben Experten vom Deutschen Wetterdienst ganz klar gesagt, dass das eben nicht der Klimawandel, sondern das Wetter ist. Es ist völlig unlauter, das hier in so einen Zusammenhang zu stellen.

Meine Frage an Sie und an Herrn Söder lautet: Ist das nicht ein großes Ablenkungsmanöver, indem Sie mit dem Klimawandel den Umbau unserer Gesellschaft hin zu einer deindustrialisierten Gesellschaft vorantreiben wollen und vom Versagen der Regierungen bei diesem Hochwasser – 160 Tote im Jahr 2021 –

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** – und eine fehlende Warnung – ablenken wollen? Sind das nicht Ablenkungsmanöver?

**Thomas Kreuzer (CSU):** Zunächst lege ich Wert darauf, dass der Ministerpräsident die Regierungserklärung gehalten hat und ich darauf geantwortet habe. So ist das in einer parlamentarischen Demokratie.

(Zuruf von der AfD)

Was Sie sagen, ist zu kurz gesprungen. Der Klimawandel findet statt. Zusätzliche Erwärmung des Klimas bedeutet Gefahren durch extreme Wetterereignisse. Wie weit das CO<sub>2</sub>-bedingt ist, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ich glaube, CO<sub>2</sub> spielt eine große Rolle. Deswegen müssen wir alles tun, um den Klimawandel, soweit wie es möglich ist, zu bremsen oder zum Stehen zu bringen. Gleichzeitig müssen wir alles tun, um die Menschen auf Ereignisse vorzubereiten. Das ist die Anpassung an das Klima.

Was Sie hier machen, erstens das vollkommen zu leugnen – nach dem Motto: Wir machen nichts –, das ist unverantwortlich und hochriskant für die Menschen. Zweitens können Sie uns doch wohl überhaupt nicht für irgendwelche Ereignisse –

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Kreuzer, auch Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Thomas Kreuzer (CSU):** – in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz verantwortlich machen. Das ist eine Unverschämtheit und polemischer, mistiger Wahlkampf, den Sie hier betreiben!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Die nächste Zwischenbemerkung kommt nun vom Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN Ludwig Hartmann.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kreuzer, Sie haben ja gerade den Eindruck erweckt, als ob die Staatsregierung nichts dafür könnte, dass es mit der Windkraft in Bayern nicht vorangeht. Sie haben das mit anderen Bundesländern verglichen. Dass die Windkraft in Bayern nicht vorankommt, das liegt erstmal unstrittig an Ihrem "Windkraftverhinderungsgesetz", an der 10-H-Regel. Das kann man ganz deutlich im Ländervergleich sehen: In Bayern sind pro 1.000 Quadratkilometer 35,8 Megawatt Leistung installiert. In Baden-Württemberg sind es 45,8, in Hessen 107,8. Die Zu-

nahme seit 2018 beträgt in Bayern 1 %, in Baden-Württemberg 14 %, in Hessen 15 %. Das zeigt, dass die Landesebene die Windkraft in Bayern zusätzlich massiv ausbremst. Ich bin ja bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass der Bund auch seinen Beitrag zu leisten hat. Da sind Sie ja auch mit in der Regierung.

Noch ganz kurz ein weiteres Beispiel: Reden wir doch mal von den Genehmigungsanträgen. Das sind doch genau die Punkte, die entscheiden, ob Investoren bereit sind, im Land in die Windkraft zu investieren. In Bayern gab es 8 Genehmigungsanträge 2017; in Baden-Württemberg waren es 42. 2018 waren es in Bayern 8 und in Baden-Württemberg 37. 2019 waren es in Bayern 7 und in Baden-Württemberg 43. 2020 waren es in Bayern 3 und in Baden-Württemberg 20 Genehmigungsanträge, insgesamt also das Fünf- bis Sechsfache wie in Bayern.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, auch Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Das zeigt: Man kann auch eine Pro-Windkraft-Politik machen und der Windkraft eine Heimat geben.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Baden-Württemberg hinkt mit 1.000 Megawatt installierter Leistung und viel weniger Anlagen meilenweit hinterher. Die haben einen enormen Aufholbedarf. Deswegen wundert es mich nicht, dass sie auch noch viele geeignete Standorte haben. Wenn Sie von genehmigten Anlagen reden, dann sprechen wir mal wieder darüber, wer wann welche Ausschreibung gewinnt und was davon gebaut wird. Das ist nämlich das Nächste, über das überhaupt nicht gesprochen wird: Sie haben die Genehmigung in der Tasche und 100.000 Euro ausgegeben, aber das Windrad wird nie zur Verwirklichung kommen.

Wir sind dafür, einzelne Punkte, bei denen das der Fall ist, zu diskutieren. Wir gehen den Weg, die Gemeinden aufzufordern und dabei zu begleiten, die Abstände dort zu verkürzen, wo es tragbar ist. Wir gehen nicht den Weg, den Leuten in den Dörfern die

Dinger gegen ihren Willen von irgendwelchen Großkonzernen wie RWE direkt vor die Nase setzen zu lassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das sage ich Ihnen noch mal. Das ist der Weg der GRÜNEN und nicht der Weg der CSU. Wir machen Politik mit den Menschen.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Damit waren wir die letzten 70 Jahre super erfolgreich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nun kommen wir zur letzten Zwischenbemerkung, vom Kollegen Albert Duin von der FDP-Fraktion.

**Albert Duin (FDP):** Lieber Kollege Kreuzer, Sie haben da was erzählt, das mich doch betroffen macht: Dass Wacker in Burghausen PV-Panels herstellt, wäre mir ganz neu. Sie haben gesagt, jede Fozelle, die nicht hier hergestellt wird, wird in China hergestellt. Es muss Ihnen schon klar sein, dass Wacker nicht eine Zelle herstellt. Sie stellen nur den Rohstoff her.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ja!)

Alle Zellen werden in China hergestellt. Die bekommen wir dann zurück. Wacker ist auf einen Energiepreis, einen Strompreis, von unter vier Cent angewiesen. Das ist das Problem. Nicht, dass es hinterher heißt: Wacker stellt auf einmal Fozellen her. Das tun sie eben nicht. Sie stellen nur die Rohstoffe dafür her. Da sind sie Weltmarktführer.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Das ist richtig so. Aber dort wird ja die Energie verbraucht, bei Herstellung des Rohstoffs, um das mal ganz klar zu sagen. Das ist das Problem. Wenn Sie den Rohstoff in China herstellen, dann brauchen Sie bei den dortigen Tech-

niken 75 % mehr Energie. Deswegen ist es ein ganz gefährlicher Weg, wenn wir die energieintensive Industrie in Deutschland und Bayern verlieren.

Zur Industrie muss man Folgendes sagen: Wir haben die 40 % Reduktion nach dem Pariser Klimaschutzabkommen erreicht, Herr Ministerpräsident. Den wesentlichsten Beitrag hat die Industrie geleistet. Insofern haben wir eine wesentlich energieeffizientere Industrie als in anderen Teilen Europas und der Welt. Daher müssen wir alles dafür tun zu vermeiden, dass diese Industrie in Länder abwandert, in denen mit wesentlich mehr Energieaufwand produziert wird.

Wir sind uns einig – vielleicht war es eine missverständliche Ausdrucksweise –: Es geht um den Rohstoff; dabei sind sie Weltmarktführer. Dort wird die Energie gebraucht.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Herr Kreuzer. – Die nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion Katrin Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Noch ist nicht klar, wie viele Menschenleben die Flutkatastrophen in NRW, Rheinland-Pfalz und Bayern am Ende gefordert haben. Noch kämpfen die Helfer vor Ort gegen die dramatischen Folgen der Flut. Als jemand, dessen Familie selbst von der verheerenden Hochwasserkatastrophe von 2013 in Deggendorf betroffen war, kann ich nur sagen: Es ist beschämend, wie manche Vertreter der anderen Parteien die jüngste Tragödie für ihren Wahlkampf und ihre politische Agenda missbrauchen.

(Beifall bei der AfD)

Kaum hatten die Nachrichten über das Ausmaß der Katastrophe die Öffentlichkeit erreicht, wurden sie aus den Reihen der Altparteien bereits lautstark als Vehikel für ihre Klimapolitik benutzt. Nach dem Vorbild Gerhard Schröders schritten nun unter anderem Armin Laschet, Olaf Scholz, Angela Merkel und Markus Söder medienwirksam durch das Katastrophengebiet und wurden nicht müde, ihre Klimapolitik anzupreisen. Das ist schäbig.

(Beifall bei der AfD)

Die Universitäten Oxford und Canberra kamen jüngst zu dem einhelligen Ergebnis, dass Flut und Starkregenereignisse in den letzten 50 Jahren global eher abgenommen, sich aber regional verschoben haben. Einen Kausalzusammenhang zwischen der aktuellen Flutkatastrophe und Ihrer politischen Programmatik herzustellen, ist also wissenschaftlich unredlich. Gar zu behaupten, Ihre Politik könne künftig derartige Katastrophen verhindern, ist entweder Größenwahn oder Irreführung der Wähler.

Doch bei den Flutkatastrophen der Jahre 1953, 1962 und vielen anderen gab es eben noch keine Windradindustrie und keine Elektromobilität. Es gab noch keine links-grüne politische Agenda, aus der heraus man ein tragisches Naturereignis für den Totalumbau unserer Gesellschaft und Wirtschaft hätte missbrauchen können. Es gab noch keinen Ministerpräsidenten, der wie Herr Söder – damals noch als Finanzminister – das Unternehmen seiner Gattin mit über 680.000 Euro im Bereich der E-Mobilität hätte fördern können, und wenn, wäre derlei Vetternwirtschaft damals wohl noch ein Rücktrittsgrund gewesen.

Die AfD steht für Umweltschutz und eine möglichst emissionsarme Energieerzeugung und Mobilität, doch ebenso für politische und wirtschaftliche Vernunft in Anerkennung des physikalisch Machbaren. Allein den gesamten deutschen Mobilitätssektor auf batteriebetriebene Elektromobilität mit erneuerbaren Energieträgern umzustellen, ist naturgesetzlich ausgeschlossen; denn allein dafür müsste die installierte Leistung der Erneuerbaren um mindestens das Sechsfache gesteigert werden. Die gesamte deutsche



Industrie und alle Haushalte auf dieser Grundlage betreiben zu wollen, ist nichts anderes als Selbstbetrug.

(Beifall bei der AfD)

Während alle anderen modernen Industrieländer den Weg modernster Technologien beschreiten, klammern sich die deutschen Windradideologen von CSU bis zu den Linksparteien an ein Dogma, das zum Scheitern verurteilt ist. Schon jetzt muss Deutschland phasenweise Energie aus seinen Nachbarländern zukaufen, die teils aus neuen Kernkraftwerken stammt, die um uns herum in großer Stückzahl gebaut und geplant werden. Das ist eine Tatsache, die uns der Herr Ministerpräsident heute verschwiegen hat.

Unsere Nachbarländer haben erkannt: Ohne einen Energiesektor auf Grundlage modernster Kernreaktoren und klassischer Energieträger mit Kohlenstoffabscheidung ist auch in Zukunft kein Industriestandort zu betreiben. Wir müssen ehrlich zu uns selbst sein: Wer keine Atomkraft will, muss verzichten. Das heißt in Zukunft im Winter im kalten Bayern Woldecke statt Flug ins warme Kalifornien, liebe Frau Schulze.

Modernste Reaktoren wie natriumgekühlte schnelle Brenner und auch zweikreisige Flüssigsalzreaktoren haben nicht mehr viel mit den Reaktoren aus dem vergangenen Jahrhundert gemeinsam. Sie sind weitgehend sicher, nicht GAU-fähig und können unseren zwischengelagerten Atommüll als Brennstoff nutzen. Sie leisten damit einen unschätzbaren Beitrag zum Umweltschutz auch für die zukünftigen Generationen. Sie produzieren sicher und mehr als ausreichend grund-, mittel- und spitzenlastfähigen, faktisch CO<sub>2</sub>-freien Strom zu günstigen Preisen.

Wer Umwelt- und Klimaschutz ernst nimmt, muss diese naturwissenschaftlichen Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Die ganze Welt schüttelt den Kopf über Deutschland. Unter der Führung der geistig vergrünerten Altparteien beschädigt Deutschland seine eigene Spitzenindustrie.

(Zuruf)

Unternehmen und jährlich weit über 100.000 top ausgebildete Fachkräfte wandern ins Ausland ab, während die Regierung eine technisch ausgeschlossene Energiepolitik mit den höchsten Strompreisen aller größeren Staaten, der höchsten Steuer- und Abgabenlast der Welt und Hunderten an Milliarden Euro Subventionen finanzieren will. Während Russland mittlerweile modernste Schnellreaktoren modular baut und weltweit verkauft, fallen wir auch in dieser Spitzentechnologie weiter zurück.

Während wir Kohleverstromung und damit heimische Arbeitsplätze bekämpfen, baut alleine Indien mehr Kohlekraftwerke, als wir abschalten können. Auch China plant Hunderte modernster sauberer Kohlekraftwerke. Selbstverständlich kann Kohleverstromung keine langfristige Lösung sein, aber für eine Übergangszeit wird sie wohl erhalten müssen.

Gerade in der Mobilität ließen sich auf Grundlage der technischen Innovationskraft unserer Wirtschaft ganz andere emissionsfreie und bezahlbare Wege beschreiten. Die Methanolbrennstoffzelle, sparsame Verbrenner auf Grundlage CO<sub>2</sub>-neutraler synthetischer Kraftstoffe, Wasserstoff für den Schwerlastverkehr und klassische E-Mobilität vor allem für die Innenstädte wären in der Kombination mit verstärkter Forschung machbar und sinnvoll. Für eine methanolbetriebene Mobilität könnten wir etwa unser bestehendes Tankstellennetz weiterbetreiben und würden damit dem Steuerzahler Hunderte Milliarden Euro an Kosten für die neue Ladeinfrastruktur ersparen.

Doch anstatt der Wirtschaft und den Kunden, also wie in einer Marktwirtschaft üblich, dem Markt die Entscheidung für die beste und effizienteste Technologie zu überlassen, hat sich die Regierung für eine klimasozialistische Planwirtschaft entschieden. Dass die Firma der Gattin des Ministerpräsidenten gerade in der von ihm so favorisierten batteriebetriebenen E-Mobilität aktiv ist und damit auch von dessen Politik profitiert, ist bestimmt nur ein Zufall.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Vorsitzende der Fraktion der FREIEN WÄHLER Florian Streibl. Herr Streibl, Sie haben das Wort.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ebner-Steiner, nach Monaten der Abwesenheit kommen Sie her, um hier wieder üble Gerüchte zu streuen und sich darüber zu beschweren, dass unsere demokratischen Politiker in der Stunde der Not zu den Menschen hinausfahren, um ihnen beizustehen. Ich verstehe es als unsere Pflicht als Politiker, dass wir vor Ort und bei den Menschen sind, wenn sie in Not sind.

(Zuruf)

Das ist keine Show, sondern das ist unser Auftrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Die Katastrophen der letzten Tage machen uns zutiefst betroffen und zeigen deutlich: Der Klimawandel betrifft uns alle und stoppt auch nicht vor unserer Haustür. Klimaschutz ist mehr als nur Umweltschutz. Klimaschutz ist das Bewahren der uns anvertrauten Schöpfung. Zum Klimaschutz gehören daher die Achtsamkeit, die Ganzheitlichkeit und auch die Gerechtigkeit. Wenn dieser Planet, auf dem wir leben, wenn diese Welt ein gemeinsames Haus ist, dann tragen wir alle hierfür die Verantwortung. Uns, die wir in der Beletage dieses Hauses leben, darf es nicht egal sein, wenn die Fundamente dieses Hauses unterspült werden und unsere Nachbarn in Not geraten. Dann müssen wir dasein, und wir müssen dann gemeinsam handeln.

Dem Klimawandel werden wir nicht mit ein paar kosmetischen Aktionen an Freitagvormittagen begegnen können. Wenn uns das Weltklima und dieser Planet wirklich am Herzen liegen, müssen wir begreifen, dass wir selbst Teil dieser Umwelt sind und dass unser Körper aus den Elementen dieses Planeten gebildet ist.

Wir sind Teil des Planeten, wir sind Teil dieser Natur, die gefährdet ist. Wir müssen erkennen und begreifen, dass das Klima ein gemeinschaftliches Gut ist. Jetzt sind wir

auch Zeugen eines nie dagewesenen klimatischen Wandels. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir als eine einzige Menschheitsfamilie diesen Herausforderungen gegenüberstehen. Es gibt keine politischen oder sozialen Grenzen oder Barrieren, die uns vom Schicksal dieses gemeinsamen Hauses trennen.

In diesem Zusammenhang bekommt der Begriff des Gemeinwohls eine völlig neue globale Bedeutung. In das Gemeinwohl müssen wir auch die zukünftigen Generationen, die noch gar nicht geboren wurden, einbeziehen; denn so wie wir die Umwelt, die Natur nur als Leihgabe empfangen haben, so geben wir sie weiter an unsere Kinder und Kindeskinde.

Meine Damen und Herren, dieser Planet ist unsere Heimat, und die Menschheit ist das eine Volk, das dieses Haus bewohnt. Wir haben den Auftrag bekommen, dieses gemeinsame Haus in seiner Schönheit und in seiner Vielfalt zu bewahren. Das ist der Auftrag, den wir haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Alexander von Humboldt verstand die Natur als gesamtheitliches Konzept, in dem alles miteinander verwoben und verflochten ist. Alle Pflanzen, Tiere und auch die Menschen sind eingebunden in dieses Netz des Lebens, ein Netz, das sich aber auch auflösen kann, wenn man nur an dem falschen Faden zieht. Humboldt warnte daher auch schon um 1800 herum vor einem menschengemachten Klimawandel. Was Alexander von Humboldt bereits vor 200 Jahren verstand, das versteht die AfD bis heute nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir dürfen nicht die Augen vor dem verschließen, was auf diesem Planeten geschieht,

(Zurufe)

aber Sie verschließen sie.

Wir müssen jetzt handeln, wir müssen neue, starke Fäden in dieses Netz des Lebens weben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das tut diese Staatsregierung mit dieser Regierungserklärung, mit den Gesetzen, die auf dem Weg sind, mit den Maßnahmen und den Milliarden, die jetzt eingesetzt werden.

Das müssen wir machen; denn die Klimabilanz für dieses gemeinsame Haus ist erschreckend. Die Naturkatastrophen machen es uns deutlich, und gerade die der letzten Tage. Jetzt sind wir auch in Gedanken bei den Opfern der Hochwasserkatastrophen hier in Bayern, in Deutschland und bei ihren Angehörigen und auch bei den Menschen, die, während wir hier sprechen, noch versuchen, zu retten, was zu retten ist, was ihnen das Wasser gelassen hat.

Es ist wichtig, dass diese Menschen jetzt schnelle und unbürokratische Hilfe bekommen. Ein Dank an das bayerische Kabinett, das das gestern auf den Weg gebracht hat. Danke schön!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ein weiterer Dank an die Rettungskräfte, Einsatzhelfer, Freiwillige, die ihren Dienst getan haben, die sofort da waren und für die Menschen in der Stunde der Not ihren Einsatz geleistet haben! Dafür ein herzliches Vergelts Gott. Danke auch an unseren Umweltminister Thorsten Glauber, der sich nicht nur in der letzten Woche massiv für die Umsetzung des Hochwasserschutzes in Bayern eingesetzt hat; denn wir müssen die Menschen und unsere Mitmenschen hier im Land vor diesen Ereignissen schützen und bewahren.

So sollen insgesamt zwei Milliarden Euro aus dem Gewässeraktionsprogramm bis Ende 2030 für den Hochwasserschutz investiert werden, um damit das, was uns bedroht, letztlich aufhalten zu können.

Es ist nicht nur Hochwasser, es ist auch die Erwärmung dieser Erde, die gerade auch – der Herr Ministerpräsident hat es gesagt – unsere Alpenregionen, die Artenvielfalt bedrohen. Der Klimawandel macht sich nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Erde, auf der ganzen Welt bemerkbar.

Da möchte ich Ihnen von der AfD noch ein paar Ereignisse des letzten Jahres in Erinnerung rufen: Im Januar 2020 vernichteten in Australien wochenlange Feuer über 10 Millionen Hektar Wald. Tausende von Häusern fallen den Flammen zum Opfer, Menschen kommen ums Leben. Etwa eine Milliarde Säugetiere, Vögel und Reptilien sterben. Auch in den USA, Kanada und in Sibirien wird eine nie dagewesene Hitze-welle erlebt.

In der zweiten Hälfte des letzten Jahres richten ungewöhnliche Stürme unter anderem in den USA, in Zentralamerika und auf den Philippinen verheerende Schäden an. Zwischen Juni und November führt heftiger Starkregen zu Überschwemmungen und Erd-rutschen in China, Japan, Indien, Pakistan, Südsudan und in Vietnam.

Meine Damen und Herren, wir sehen, das, was uns getroffen hat, trifft die ganze Welt tagtäglich. Wir sind keine Ausnahme, aber wir können viel dagegen tun und müssen dagegen einiges unternehmen.

Dann müssen wir auch die langfristigen Auswirkungen des Klimawandels sehen, der nicht nur unsere Umwelt in dramatische Gefahren bringt, sondern auch uns, wenn ganze Gebiete dieser Erde durch den Klimawandel nicht mehr bewohnbar sind, wenn Millionen von Menschen ihre Herkunftsländer verlassen und sich auf die Suche nach einer neuen Heimat machen müssen. Diese Menschenströme würden alle Herausfor-derungen, die wir bisher im Zusammenhang mit der Migration bewältigen, bei Weitem in den Schatten stellen.

Man darf nicht so naiv sein zu glauben, dass eine solche Entwurzelung ganzer Natio-nen, wenn es um die Existenz und das nackte Überleben geht, komplett friedfertig

vonstattengehen könnte. Daher ist Klimapolitik vor allem auch eins: aktive Friedenspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung sind uns dieser Verantwortung bewusst. Klar ist: Wir müssen dieses gemeinsame Haus retten, auch wenn wir es von Bayern allein aus nicht bewältigen können. Aber wir können durch unsere innovativen Ideen, durch unsere Technologien, durch die Firmen und die Menschen hier im Land, die einen Exportschlager für die Welt schaffen können, unseren Beitrag leisten. Durch unseren technologischen Fortschritt können wir die Probleme nicht nur in Bayern, sondern letztlich auf dem ganzen Planeten lösen. Das ist der Anspruch, den wir haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Von daher machen die fünf Punkte, die der Ministerpräsident ausgeführt hat, absolut Sinn, dass wir auf erneuerbare Energien setzen, dass wir die CO<sub>2</sub>-Speicher ausbauen, gerade was Moore und Humusschichten anbetrifft, klimafreundliches Bauen, Bauen mit Holz, die Mobilität neu denken und CleanTech gerade mit der Wasserstoff-Agenda voranbringen.

Meine Damen und Herren, unter der Federführung von Umweltminister Glauber wurde bereits Ende 2019 eine bayerische Klimaschutzoffensive gestartet. Dieser Klimaschutz, den wir jetzt wieder auf den Prüfstand stellen und immer wieder nachbessern müssen, steht auf drei Säulen. Die erste Säule ist ein gutes und durchdachtes Klimaschutzgesetz, die zweite sind geeignete Maßnahmen, ein Maßnahmenpaket, denn ein Gesetz allein bringt noch nichts. Es muss auch umgesetzt werden. Wir brauchen auch Maßnahmen für den Klimaschutz. Dabei geht es gerade um die Wälder, um die Moore, um das Wasser, aber auch um die Energie, um die Mobilität und um die Förderung vom kommunalen Klimaschutz. Als dritte Säule benötigen wir einen Finanzrahmen, wie wir heute gehört haben, der eine Milliarde Euro für das Jahr 2022 umfasst.

Wenn das keine Hausnummer ist, meine Damen und Herren! Bis 2040 werden insgesamt 22 Milliarden Euro bereitgestellt. Das zeigt den Weg auf, den Bayern gehen will und gehen wird, um dem Klimawandel die Stirn zu bieten, um unseren Beitrag zu leisten. Klimaschutz ist nicht umsonst, aber wir werden ihn stemmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schon zehn Jahre früher als die EU und fünf Jahre früher als der Bund 2040 Klimaneutralität zu erreichen, ist ein ambitioniertes Ziel, das wir im Auge haben und mit aller Kraft verfolgen werden.

Für die Akzeptanz von Energie und Klimaschutz wurde erst kürzlich die Landesagentur für Energie und Klimaschutz in Regensburg eingeweiht und hat ihre Aufgabe aufgenommen. Dass wir hier auch ein regelmäßiges Monitoring über die CO<sub>2</sub>-Emissionen machen, versteht sich von selbst, damit wir wissen, was hier passiert.

Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, müssen wir die Treibhausgase und Treibhausgasemissionen absenken. Hier brauchen wir die erneuerbaren Energien. Hierbei setzen wir auf Wasserstoff, der CO<sub>2</sub>-frei erzeugt ist. Diesem Wasserstoff gehört die Zukunft. Er ist der Stoff, mit dem wir die Mobilitätswende schaffen können. Er ist der Stoff, mit dem wir auch unsere Häuser letztlich beheizen können. Er ist der Stoff, mit dem wir den Sprung ins neue Jahrtausend "Made in Bavaria" machen können. Hier setzen wir uns dafür ein, dass Bayern der Technologiestandort für Wasserstoff in Deutschland, in Europa und in der Welt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sehen, wir haben eine große Mission, aber nicht nur wir im Freistaat, sondern auch Deutschland, die EU und die Welt. Wir wollen und müssen die Schönheit und Vielfalt der Schöpfung und somit die Lebensgrundlagen für unsere Nachwelt erhalten. Wenn ich von der Schönheit und Vielfalt spreche, dann spreche ich gerade auch von



Bayern; denn wir leben hier in einem der schönsten Flecken, den wir auf diesem Planeten haben. Der liegt uns am Herzen, und den müssen wir schützen und bewahren.

Aber es gehört auch dazu, dass wissenschaftliche Erkenntnisse nicht immer sofort in politisches Handeln umgesetzt werden können. Von daher müssen wir als Politiker die Transformation schaffen und die Menschen im Land mitnehmen. Das schaffen wir nicht mit Verboten oder mit Zwang, sondern das schaffen wir mit Überzeugung und mit der Kraft der Argumente, mit denen wir die Menschen überzeugen und mitnehmen wollen, und damit, dass wir Ökonomie und Ökologie zusammenführen und Hand in Hand mit der Wirtschaft und mit den Menschen im Land dem Klimawandel begegnen.

Meine Damen und Herren, zu Beginn meiner Rede hatte ich gesagt, alles hängt mit allem zusammen. Und das stimmt. Alles ist im gemeinsamen Haus miteinander verbunden, und wir sind eine große Gemeinschaft. Eines müssen wir dabei immer bedenken, und das geht auch in die Richtung, die der Ministerpräsident vorher angesprochen hat und die unser Wunsch in dem Ganzen ist: Die Einheit steht über dem Konflikt; denn nur wenn wir die Einheit wahren, können wir diesem Klimawandel begegnen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Streibl, Sie können am Rednerpult bleiben. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen; die erste kommt vom Kollegen Patrick Friedl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Patrick Friedl (GRÜNE):** Lieber Herr Kollege Streibl, Ministerpräsident Söder hat vorhin zu Beginn seiner Rede auf die Hitzebedrohung abgestellt. Umweltminister Glauber hat bei der Vorstellung des Klima-Reports gesagt, die Hitzebedrohungen und die Gesundheitsgefährdungen müssen oberste Priorität erhalten.

Deswegen frage ich Sie jetzt: Was ist hier in dem Regierungsprogramm, das uns vorgestellt worden ist, zur Bewältigung der Hitzebedrohungen und der gesundheitlichen

Gefahren enthalten? Was wissen Sie davon? Die Menschen sind von Übersterblichkeit bedroht. Wenn wir eine Hitzewelle haben, haben wir mehrere Hundert Tote, die zwar still und leise sterben und keine Schlagzeilen machen, aber die enorme Bedrohung ist für die Bevölkerung in unseren Kommunen vorhanden.

Darum möchte ich wissen: Was tun Sie in Richtung Hitzeaktionspläne? Was ist an Förderung für die Kommunen vorgesehen? Welche Programme haben Sie angedacht? Geben Sie uns dazu mal ein paar Hinweise! Es ist nichts davon in der Regierungserklärung exakt benannt worden. Wird es endlich eine Koordinierungsstelle in Bayern geben, die die Kommunen bei der Bewältigung der Hitze unterstützt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Die Hitze, von der Sie sprechen und die die Bedrohung ist, ist natürlich eins zu eins die Folge des Klimawandels. Da müssen wir natürlich zuerst bei den Ursachen anfangen, das heißt, CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen und CO<sub>2</sub> da, wo es geht, speichern. Das ist mal die grundsätzliche Sache.

Das andere ist bei der Hitze natürlich, wie es der Ministerpräsident auch gesagt hat, das Bauen, das klimatische Bauen. Wir müssen unsere Städte umstrukturieren, indem man mehr Grün in die Stadt bringt. Umweltminister Thorsten Glauber hat bereits letztes Jahr mehrere Ansätze und Maßnahmen aufgezeigt. Diese Dinge werden auch in dem umfassenden Maßnahmenpaket, welches unser Gesetz flankieren wird, beinhaltet sein. Von daher sind wir da schon auf dem Weg.

Wenn Sie genau hingehört haben, was in der Regierungserklärung gesagt wurde, wissen Sie: Das ist einer von fünf Punkten, der die Städte in unserem Land und das Bauen in unserem Land betrifft. Da muss man natürlich –

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Streibl, Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** – auch umsteuern, und man muss genau hinhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ralf Stadler, AfD-Fraktion.

**Ralf Stadler (AfD):** Sehr geehrter Herr Streibl, Ihr Ministerpräsident hat heute in der Regierungserklärung gesagt, Wasser ist unser höchstes Gut. Was wird denn jetzt die Bevölkerung überhaupt als glaubhaft aufnehmen? Wir haben vor 14 Tagen einen Antrag gestellt, weil Bayern immer noch Trinkwasser zur Fäkalienbeseitigung nutzt. Dieser Antrag wurde von allen abgelehnt. Wie soll denn das glaubhaft überkommen? Das ist doch keine Regierungserklärung; das ist eine Volksverdummung, was da gesagt worden ist.

Zum menschengemachten Klimawandel: Herr Streibl, kann es vielleicht sein, dass jetzt wieder mal der Klimawandel den Schwarzen Peter für die ganzen Bausünden in Wasserrückzugsgebieten und für die negativen Auswirkungen der Flurbereinigung hat?

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sie sollten mal ganz still sein, wenn Sie von Verdummung des Volkes sprechen;

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit)

denn bei dem, was Sie hier in diesem Haus abziehen, verblasst jeder Verschwörungstheoretiker vor Neid. Das ist hanebüchener Unsinn.

(Zuruf)

Von daher spielen Sie Ihr Spiel, aber wir müssen nicht mitspielen.

(Beifall)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Herr Streibl. – Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Florian von Brunn. Herr von Brunn, bitte schön.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Inzwischen zählen wir deutschlandweit über 170 Tote nach den schrecklichen Sturzflut- und Hochwasserereignissen der letzten Woche, und die Zahl steigt leider weiter.

Ich habe im "Deutschlandfunk" ein Gespräch mit einer Reporterin gehört, die aus dem rheinland-pfälzischen Landkreis Ahrweiler kommt. Sie war in den letzten Tagen dort und hat die Situation und das Leid der Menschen dort erlebt. Sie hat berichtet, dass Eltern ihre Kinder aus dem Fenster ihrer wegschwimmenden, wegbrechenden Häuser in die Arme ihrer Nachbarn geworfen haben, um sie zu retten. Sie hat beschrieben, wie es sich für die Menschen anfühlt, die alles, wirklich alles verloren haben: ihre Häuser, ihr Mobiliar, ihre Erinnerungen, und im schlimmsten Fall ihre Angehörigen, ihre Freundinnen und Freunde. Man hat ihr angemerkt, was es für sie bedeutet, ihre Heimat und ihre Menschen dort in dieser Lage zu sehen und das erleben zu müssen.

Ich habe aus diesen Schilderungen eines mitgenommen: Wir müssen alles, wirklich alles tun, um solche Ereignisse in Zukunft zu vermeiden und zu verhindern. Wir helfen jetzt und haben dafür in Bayern und im Bund Mittel bereitgestellt. Das ist richtig und wichtig, das reicht aber nicht. Wir müssen in Deutschland und in Bayern jetzt Vorbild in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung sein.

Das, was Sie heute gesagt haben, Herr Ministerpräsident Söder, das reicht mir dafür nicht. Wir haben eine enorme Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger, für unsere Kinder vor allem – hierzulande, aber auch global gesehen. Allein in Deutschland sind mindestens drei Millionen Menschen von Überflutungen gefährdet. Von Sturzfluten, wie wir sie gerade erlebt haben, rede ich dabei noch nicht. In den Niederlanden sind es mindestens 40 % der Bevölkerung. Sie werden im Moment noch durch

Deiche geschützt, aber der Meeresspiegel steigt an. Weltweit sind es Milliarden Menschen, die an Küsten leben, viele davon in Megacities, und es werden immer mehr.

Laut den Vereinten Nationen sind schon jetzt jedes Jahr weit über 20 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor den Folgen der Klimaerhitzung. Laut Prognosen der Weltbank könnten es bis 2050 mehr als 140 Millionen sein, vielleicht sogar noch mehr.

Die Schlussfolgerung ist klar: Die Klimakrise ist für uns als Menschheit lebensbedrohend. Sie trifft die ärmeren Teile der Bevölkerung besonders hart, nicht nur im globalen Süden, sondern auch bei uns. Allein deshalb ist Klimaschutz auch eine soziale Frage.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich verstehe, warum Sie uns diese Rede vorher nicht geben wollten. Ich fand, das, was Sie gesagt haben, war zu wenig. Das reicht nicht aus.

Ich will einen Unterschied deutlich machen: Ihre angekündigte Milliarde für den Klimaschutz ab 2022 steht im scharfen Kontrast zu dem, was Sie im Wahlprogramm der Union ankündigen, nämlich Steuergeschenke an Spitzenverdiener und Konzerne, die laut Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung eine Lücke von 30 Milliarden Euro pro Jahr in den Haushalt reißen – 30 Milliarden Euro im Gegensatz zu einer Milliarde Euro! Ich glaube, das, was auf Bayern durch Steuerausfälle zukommt, überwiegt diese eine Milliarde bei Weitem.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat schon am 1. Juli in Zusammenarbeit mit dem renommierten Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung – DIW – einen Masterplan für ein soziales und klimaneutrales Bayern bis spätestens 2040 vorgelegt. Wir brauchen wirklich neuen Schwung bei der Energiewende. Wir brauchen eine echte klimafreundliche Mobilitätswende, klimaneutrale Gebäude und Heizenergie, ein Programm für klimafreundliche

Industrie und vor allem auch eine massive Stärkung der Kommunen; denn Klimaschutz wird vor Ort gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Bei all dem muss es auch sozial gerecht zugehen. Deswegen müssen wir dafür Geld in die Hand nehmen.

Ihr Finanzminister hat vor Kurzem dem Umweltminister zwei Milliarden Euro für Klimaschutz mit Verweis auf die Schuldenbremse verweigert. Jetzt wollen Sie den halben Betrag geben. Das sind Peanuts gegenüber Ihren Steuergeschenken, die Sie für diejenigen planen, die den größten ökologischen Fußabdruck in diesem Land haben.

Sie selbst sagen richtigerweise: Wenn wir jetzt nicht in Klimaschutz investieren, werden die Klimaschäden am Ende viel teurer. – Aber dann ziehen Sie daraus auch die richtigen Konsequenzen! Wir brauchen nicht einen einmaligen Betrag oder eine Milliarde, insbesondere wenn wir den Menschen wirklich klimafreundliche Handlungsalternativen zur Verfügung stellen wollen. Wir müssen jedes Jahr mehrere Milliarden in den Klimaschutz investieren. Zwei Milliarden sind ein guter Anfang. Mittelfristig müssen es wahrscheinlich eher fünf Milliarden pro Jahr für Investitionen in unsere Zukunft sein. Wer in diesem Zusammenhang immer auf die Schuldenbremse verweist, hat nicht verstanden, dass unterlassene Investitionen in den Klimaschutz die Schulden für unsere Kinder erst explodieren lassen.

Die Schäden des Pfingsthochwassers 2013, durch den Starkregen und die Sturzflutereignisse 2016 in Niederbayern betragen weit über zwei Milliarden Euro. Aber dieser Betrag wird für die enormen Schäden in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen bei Weitem nicht ausreichen. Deswegen müssen wir jetzt in die Zukunft unserer Kinder investieren, damit sie überhaupt noch eine gute Zukunft haben.

(Beifall bei der SPD)

Als SPD ist es uns besonders wichtig, dass Klimaschutz sozial gerecht ist und dass wir alle Menschen mitnehmen. Sie müssen wissen und sich darauf verlassen können, dass sie keine Ungerechtigkeiten und Nachteile erleiden, wenn wir die sozialökologische Modernisierung hier im Freistaat anpacken. Bisher ist das nicht garantiert. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe erhöht Heiz- und Spritkosten deutlich.

Das DIW hat für uns die Verteilungswirkung bezogen auf Bayern ausgerechnet. Das erschreckende Ergebnis: Die CO<sub>2</sub>-Abgabe trifft im Freistaat vor allem die unteren 20 bis 30 % der Einkommensbezieher sehr hart. Besonders schlimm ist es im ländlichen Raum, wo es häufig viel zu wenig öffentliche Verkehrsangebote gibt und alte Ölheizungen überwiegen. Am härtesten betroffen, Herr Ministerpräsident, sind die Einwohnerinnen und Einwohner in den strukturschwachen ländlichen Gebieten.

Unsere Schlussfolgerung ist klar – das sage ich mit Blick auf Sie, aber auch auf die GRÜNEN und die FDP –: Es reicht nicht, nur an der CO<sub>2</sub>-Preisschraube zu drehen. Wir müssen in Bayern viel stärker als bisher in klimafreundliche Alternativen für die Menschen investieren, den öffentlichen Verkehr ausbauen und beispielsweise wirksame Austauschprogramme für alte Ölheizungen auflegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Bund die regressiv wirkenden Preiserhöhungen nicht ausreichend kompensiert, dann müssen wir auch über einen Ausgleich in Form eines eigenen bayerischen Klimagelds reden.

Wir haben in Bayern eine besondere Verantwortung, aber auch besondere Möglichkeiten für den Klimaschutz. Schließlich haben wir die Wirtschaftskraft, die Finanzmittel, die Technologie und die Innovationskraft, um die sozialökologische Wende zu schaffen und Vorbild zu sein. Bisher ist der Freistaat seiner Verantwortung im Klimaschutz nur unzureichend nachgekommen, auch und gerade unter Ihrer Führung.

Da Sie sich vorhin ausgiebig selbst gelobt haben: Laut offiziellen Daten hat Bayern seit 2007 keine Verringerung der Treibhausgasemissionen mehr geschafft. In den letzten Jahren ist der Ausstoß von Treibhausgasen sogar wieder gestiegen, insbesondere durch die Zunahme der Emissionen im Verkehr.

Mit Ihrer Regierungsmehrheit, Herr Ministerpräsident, haben Sie erst letztes Jahr ein Klimagesetz verabschiedet, das nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts verfassungswidrig ist, weil die Klimaziele völlig unzureichend sind. Ob Ihr neuer Gesetzesentwurf tatsächlich besser wird, das muss sich zeigen. Das prüfen wir dann. Im Moment sieht es so aus, dass Sie sich mit den FREIEN WÄHLERN und Herrn Glauber zum Beispiel nicht darauf einigen konnten, ob Photovoltaikpflicht oder Windkraftausbau – oder beides nicht, wie wir heute festgestellt haben, jedenfalls nicht in dem Maße, wie es notwendig ist.

Wichtig klingende Überschriften und Absichtserklärungen retten noch nicht das Klima, weder hier noch in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich bremst Bayern die Windkraft seit 2014 aus. Herr Kreuzer, das ist ein Armutszeugnis. Dann braucht man hier auch nicht über die Stromlücke zu reden. Aber auch Baden-Württemberg – da gebe ich Ihnen recht – ist kein Musterländle mit einem Anteil von fast 40 % Kernkraft und fast 20 % Kohle an der Stromerzeugung.

Nichtsdestoweniger hat Bayern im letzten Jahr von allen Bundesländern die wenigsten Windräder gebaut, nämlich nur acht. Im SPD-geführten Brandenburg – übrigens auch ein Binnenland, Herr Kreuzer – gibt es rund 4.000 Windräder, in Bayern 1.133, haben wir heute gehört, und in Baden-Württemberg nicht einmal 800.

Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollen mehr Windräder im Staatswald bauen: Die "Augsburger Allgemeine", Herr Ministerpräsident, hat im Februar von "Söders Luftnummer" – ich zitiere nur – geschrieben; denn Sie haben schon vor zweieinhalb Jahren angekün-



digt, dass Sie 100 neue Windräder im Staatswald bauen wollen. Bisher gebaut: null Komma null.

Wenn wir über einen echten Klimaruck reden, sage ich Ihnen: Unser Plan für ein soziales und klimaneutrales Bayern bis 2040 liegt vor. Der komplette Energiesektor in Bayern – das wollen wir – muss bis 2030 klimaneutral sein, bis 2035 müssen es die Bereiche Verkehr sowie Gebäude sein. Im Industriesektor streben wir das bis 2040 an. Da haben wir deutlich mehr Mut, als Sie heute bewiesen haben.

Im Energiesektor ist das Wichtigste – das hat auch das DIW bestätigt –, dass der klimatefeindliche Windkraftstopp endlich aufgehoben wird. Es gibt eine demokratische Mehrheit für die Windkraft. Das haben die Bürgerentscheide in Gemeinden wie Fuchstal, Ebersberg und Sinzing gezeigt. Die Menschen in Bayern haben es verstanden, die CSU leider noch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen trotzdem die Akzeptanz für die Windkraft noch weiter vergrößern, indem wir vorschlagen, Kommunen sowie Anwohnerinnen und Anwohner an den Gewinnen der Windkraft über die Gewerbesteuer und günstigere Strompreise zu beteiligen.

Natürlich braucht es für den Ausbau der regenerativen Stromerzeugung auch einen Schub bei der Photovoltaik. Aber mindestens genauso wichtig ist eine ambitionierte Wärmewende. Sie ist entscheidend für ein klimaneutrales und soziales Bayern. Deswegen ist es schon bemerkenswert, dass das Wirtschaftsministerium auf seiner Webseite schreibt, dass wir bis zu 30 % des bayerischen Wärmebedarfs aus Erdwärme decken könnten. Da frage ich mich: Warum tun wir das eigentlich nicht schon längst?

Wir fordern ein Sofortprogramm für den Ausbau der Geothermie und der Erdwärmennutzung. Dazu müssen wir in Bayern die Fördermittel für den Austausch alter Ölheizungen zugunsten von Wärmepumpen massiv erhöhen.

Eines ist klar: Die Wärmewende kann nur gelingen – das ist wichtig –, wenn Bayern auch eine ehrgeizige Fachkräfteoffensive im Heizungs- und Sanitärbereich startet. Wir brauchen genügend Handwerkerinnen und Handwerker, um die notwendigen Wärmepumpen und die notwendige Photovoltaik zu installieren.

Das größte Klimaproblem und den größten Handlungsbedarf hat Bayern aber im Verkehrssektor. Dort entstehen 41 % der Gesamtemissionen in Bayern; das ist der Stand des Jahres 2017. Bayern hinkt also unter Ministerpräsident Markus Söder beim klimafreundlichen Verkehr weit hinterher. Das ist traurige Realität. Wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, dann müssen wir jetzt eine echte Mobilitätswende anpacken. Dafür brauchen wir im Freistaat massive Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, vor allem auch im ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD)

Gut ist, dass Sie heute angekündigt haben, dass es bei den Bahnstreckenreaktivierungen vorwärtsgehen soll. Ich kann mich an viele Beratungen über unsere Anträge in den Ausschüssen erinnern und weiß deshalb, dass es die CSU war, die bisher viele Bahnstreckenreaktivierungen blockiert hat. Wir brauchen einen Ausbau des Carsharings und einen Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, vor allem auf dem Land. Die Staatsregierung muss dafür die Förderung an die Kommunen vervielfachen und selbst mehr Verantwortung für neue landesweite Programme übernehmen. Dazu gehören übrigens auch ein einheitlicher öffentlicher Verkehrstarif für ganz Bayern und die Einführung von bayernweiten Sozialtickets. Herr Ministerpräsident, auch bei der Industrie ist noch Luft nach oben. Dieses Thema ist uns besonders wichtig; denn der SPD liegt die Sicherung und Schaffung gut bezahlter Industriearbeitsplätze besonders am Herzen. Wir müssen deswegen Chancenbranchen wie den Maschinenbau, die Elektrotechnik, die Elektronik, die Messtechnik und die Optik durch eine am Klimaschutz orientierte Innovationspolitik noch viel stärker fördern.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Industriethema, das für uns enorm wichtig ist, ist eine gute Begleitung der Transformation der Automobilindustrie. Sie haben heute viel über die Unternehmen geredet. Wir von der SPD haben die Beschäftigten dort im Blick. Wir wollen die Arbeitsplätze in dieser Branche sichern. Aber dafür braucht es mehr als Ihre bisherigen Maßnahmen. Sie haben zwar einen bayerischen Automobilfonds mit etwa 120 Millionen Euro aufgelegt, aber daraus erst knapp 300.000 Euro für bayernweite Veranstaltungen ausgegeben. Das zeigt wieder: Sie reden mehr, statt zu handeln. Wir brauchen mehr. Wir brauchen einen starken Ausbau der E-Ladeinfrastruktur. Wir brauchen öffentliche Beschaffungsprogramme für klimafreundliche Fahrzeuge. Wir brauchen eine bessere Dotierung der bestehenden Innovationsprogramme für klimafreundliche Antriebstechnologien. Für uns und das Land ist außerdem sehr wichtig: Wir brauchen vor allem eine starke Qualifizierungsoffensive und Weiterbildungsangebote. Wir wollen Fördergelder im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Standortgarantien und Qualifizierungszusagen für Beschäftigte binden und nicht voraussetzungslos fördern.

(Beifall bei der SPD)

Bayern kann nur profitieren, wenn wir die Industrie klimaneutral machen. Als Kommunalpartei ist es der SPD aber auch besonders wichtig, dass wir den Klimaschutz in den Kommunen vor Ort voranbringen; denn dort trifft Politik auf die Menschen, und dort findet Klimaschutz sichtbar statt. Deshalb sollte der Klimaschutz eine Pflichtaufgabe der Kommunen werden, als Teil der Daseinsvorsorge für jetzige und zukünftige Generationen. Sozialer Klimaschutz in Stadt und Land bedeutet gleichwertige gute Lebensbedingungen in ganz Bayern. Die SPD-Fraktion wird es nicht zulassen, dass viele Menschen oder ganze Regionen in Bayern abgehängt werden. Wir wollen eine Klimapolitik für alle statt für wenige.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir alle leben gern in Bayern. Wir sind stolz auf Bayern. Wir wollen einen hoffentlich bald klimaneutralen und dadurch zukunftsfesten Freistaat. Gerade deswegen ist es unsere Pflicht, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder noch gut und sicher in Bayern leben können. Politische Werbung alleine, selbst wenn sie oscarreif inszeniert ist, wird den gewaltigen Herausforderungen nicht gerecht. Lassen Sie den Worten von heute Taten folgen, und nehmen Sie unsere Vorschläge, die wir Ihnen gemacht haben, auf! Ich glaube, dann kommen wir in Bayern gemeinsam weiter.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Der nächste Redner ist der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Martin Hagen. Bitte schön, Herr Hagen.

**Martin Hagen (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Klimapolitik der vergangenen 25 Jahre in Deutschland, angefangen bei der rot-grünen Regierung, ist kleinteilig, sie ist teuer, und sie ist ineffizient. Es gibt kaum ein Land auf der Erde, das in den letzten 25 Jahren so viel Geld für den Klimaschutz verbrannt und dabei auf diesem Gebiet so wenig erreicht hat. Dieser Irrweg ist ein Irrweg aus Planwirtschaft und Symbolpolitik. Herr Ministerpräsident, leider beschreiten Sie diesen Irrweg weiter.

Die Vorschläge, die Sie heute gemacht haben, sprechen eine klare Sprache. Ein Beispiel ist der gesetzliche Kohleausstieg, den Sie von 2038 auf 2030 vorziehen wollen. Ich erkläre Ihnen, warum das Quatsch ist: Wir alle wollen raus aus der Kohle. Das ist Konsens. Aber die Kohlekraft wird weit vor dem Jahr 2038 gar nicht mehr konkurrenzfähig sein, weil einerseits durch die erneuerbaren Energien immer mehr günstiger Strom bereitgestellt werden kann und andererseits durch den steigenden CO<sub>2</sub>-Preis die Kohle immer teurer werden wird. Das Einzige, was der gesetzliche Kohleausstieg bewirkt, ist, dass die Kohlekraftbetreiber großzügig Kompensationen vom Staat, also vom Steuerzahler, erhalten. Wir geben also Milliarden aus, um aus einer Technologie auszusteigen, die von sich aus in wenigen Jahren keine Rolle mehr spielen würde.

Das ist Klientelpolitik zugunsten der Energiewirtschaft, aber das bringt dem Klima überhaupt nichts.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Beispiel für Ihre Symbolpolitik: Sie haben heute angekündigt, Sie wollten das bayerische Klima mit Maßnahmen in Bayern schützen. Auch Ausgleichszahlungen sollten ausschließlich in Bayern in den Klimaschutz investiert werden. Was bringt das? – Es gibt nicht das bayerische Klima, sondern nur das Weltklima. In Schwellenländern entfaltet jeder in den Klimaschutz investierte Euro ein Vielfaches an Wirkung. Warum sollten wir dann in Bayern investieren? Das ist eine Form des Klimaprovinzialismus, die niemandem nützt, sondern die ausschließlich der Profilierung des Bayerischen Ministerpräsidenten dient.

(Beifall bei der FDP)

Das Gleiche lässt sich über das von Ihnen heute ausgegebene Ziel sagen, wonach Bayern statt 2050, wie es die europäischen und deutschen Ziele vorsehen, schon 2040 die Klimaneutralität erreichen möchte. Das ist das klassische bayerische Strebertum zulasten der Bürger und der Unternehmen in unserem Land. Das ist eine reine Profilierung Ihrer Person, die dem Klima wiederum nichts nützt. Viel effizienter wäre es, wenn wir ein gemeinsames Ziel verfolgen würden. Die letzte eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> ist immer die teuerste. Es bringt nichts, wenn wir hier in Bayern mit enormen Anstrengungen Klassenprimus werden, am Ende aber in Europa das Ziel verfehlen.

Es gibt ein Instrument, das Klimaschutz tatsächlich effizient sicherstellen kann, und das ist der Europäische Emissionshandel. Damit wird die Menge des ausgestoßenen CO<sub>2</sub> begrenzt. Dieses begrenzte Gut CO<sub>2</sub> wird dann marktwirtschaftlich bepreist. Das ist auch der große Vorteil gegenüber der CO<sub>2</sub>-Steuer, die die Parteien auf der Linken bevorzugen; denn über einen marktwirtschaftlich gebildeten Preis kann nicht in jedem Wahlkampf wieder gestritten und gefeilscht werden. Dieser Preis bildet sich nach Angebot und Nachfrage und stellt sicher, dass wir die Klimaziele wirklich erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Der Europäische Emissionshandel wirkt. Das haben wir gesehen. Seit seiner Einführung im Jahr 2002 haben wir in den einzelnen Sektoren 43 % CO<sub>2</sub> eingespart, und das bei massiv steigendem Wohlstand in dieser Periode. Wir haben also bewiesen, dass Wohlstand, Wachstum und Klimaschutz vereinbar sind. Das wollen wir doch erreichen; denn auf einem Weg der Askese und des Wohlstandsverlusts werden uns die Länder, die den großen Anteil an Emissionen in den nächsten Jahren haben werden, gerade die Schwellenländer, sicherlich nicht folgen. Was müssen wir tun? – Wir müssen alle Sektoren in den Europäischen Emissionshandel einbeziehen. Neben der Energiewirtschaft und der Industrie sind das zum Beispiel auch der Verkehrs- und der Wärmesektor. Wir dürfen dabei nicht einzelne Sektorziele vorgeben, sondern müssen das CO<sub>2</sub> einheitlich bepreisen, damit das CO<sub>2</sub> dort eingespart wird, wo die Vermeidungskosten am geringsten sind. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Das dient nicht nur dem Geldbeutel der Bürger, sondern letztlich auch dem Klima.

Wir brauchen keine zusätzlichen Subventionen und Verbote, weil zusätzliche Subventionen und Verbote innerhalb des Systems des Europäischen Emissionshandels überhaupt keinen Effekt haben. Sie gängeln nur die Bürger und kosten zusätzliches Geld. Herr Ministerpräsident, Stichwort Geld: Sie sind jetzt leider nicht mehr im Raum. Ihre Antwort hätte mich interessiert. – Sie haben heute viel darüber geredet, was Sie machen wollen, kleinteilig, teuer, ineffizient, aber Sie haben wenig darüber geredet, wo das Geld herkommen soll. Sie sprechen von einem "Klimahaushalt". Das klingt nach einem weiteren Schattenhaushalt, der hier etabliert werden soll. Woher kommt das Geld? Wird es anderswo eingespart, oder werden neue Schulden aufgebaut? Ist das wieder eine Politik zulasten kommender Generationen? Nachhaltigkeit hat nicht nur eine ökologische Dimension, sondern auch eine finanzpolitische. Wir jedenfalls wollen unseren Kindern und Enkeln keine Schuldenberge hinterlassen, sondern Chancen für die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben heute erklärt, die Staatsregierung wolle in dem Bereich, für den sie selbst Verantwortung trägt, nämlich für die bayerische Verwaltung, bis 2030 klimaneutral werden. Das sind noch achteinhalb Jahre. Mein geschätzter Kollege Christoph Skutella hat einmal nachgefragt, wie hoch denn die CO<sub>2</sub>-Emissionen der bayerischen Verwaltung sind. – Überraschung: Sie wissen es nicht. Sie haben überhaupt keine Ahnung. Sie geben das Ziel vor, in achteinhalb Jahren klimaneutral zu sein, wissen aber überhaupt nicht, wie viele Tonnen CO<sub>2</sub> Sie dafür einsparen müssen. Das ist doch ein Offenbarungseid. Wie es besser geht, hat meine Fraktion, die FDP-Fraktion, gezeigt. Wir sind die erste und einzige Fraktion in diesem Haus, die ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß komplett ermittelt und kompensiert hat. Das heißt, die FDP-Fraktion hat CO<sub>2</sub>-Zertifikate in dieser Höhe stillgelegt. Die FDP-Fraktion ist die einzige CO<sub>2</sub>-neutrale Fraktion in diesem Hause. So geht Klimaschutz. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen, anstatt teure Symbolpolitik zu betreiben.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Eric Beißwenger von der CSU-Fraktion. Herr Beißwenger, Sie haben das Wort.

**Eric Beißwenger (CSU):** Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich ist der Klimaschutz ein fortwährender Prozess. Klimaschutz ist nicht nur eine Mammut-, sondern auch eine Querschnittsaufgabe. Der Dreiklang aus Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialer Verträglichkeit darf nicht vergessen werden. Dies alles sollte nicht nur an der Bezahlbarkeit, sondern auch an der Effizienz und Machbarkeit gemessen werden. Die Digitalisierung kann uns helfen, Wachstum und Klimaschutz zu versöhnen. Was wir brauchen, ist ein Instrumenten- und Energiemix. Bayern – unser Herr Ministerpräsident hat es angesprochen – ist Sonnenland Nummer eins. Ich kann ihm nur für die Vorschläge danken. Das will ich bei aller Kritik in aller Deutlichkeit sagen. Von der Opposition kamen keine konstruktiven Vorschläge.

(Beifall bei der CSU)

Das muss man auch einmal festhalten.

Es war äußerst effektiv, nicht nur die Dächer, sondern auch die Agri-Photovoltaik in den Vordergrund zu rücken. Das ist uns im Arbeitskreis Umwelt immer wieder ein wichtiges Anliegen. Auf diese Weise können wir einen Vielfachnutzen generieren. Mit dem Grünland haben wir unten einen CO<sub>2</sub>-Speicher, oben auf den Dächern erzeugen wir Energie. Wenn alles gut ist, haben wir mehr Artenvielfalt und schaffen durch die Beweidung sogar einen Biotop-Verbund. Das sind die Ziele, die wir haben.

Auch der Ausbau von intelligenten und verlustarmen Stromnetzen ist ganz wichtig. Eines muss man festhalten: Wir haben schon immer Energie importieren müssen. Wenn wir die fossilen Brennstoffe immer weiter durch Elektroenergie ersetzen, werden wir so lange abhängig von Importen sein, bis wir das Ziel erreicht haben, 100 % der Energie aus erneuerbaren Energien zu generieren. Das ist ein großes Ziel, das der Herr Ministerpräsident angesprochen hat.

Wir brauchen aber auch intelligente Speicher, die Forschung und den Ausbau verschiedener Speicherarten. Statt der Kohleverstromung sehen wir Green Economy für eine zukunftsfähige Wirtschaft vor. Das wurde auch schon angesprochen. Wir müssen auch an Kreislaufwirtschaften wie Urban Mining denken. Das alles wird uns ohne CO<sub>2</sub>-Speicher jedoch nicht gelingen. Das ist ein ganz wichtiges Thema.

Das Ziel, zusätzlich 55.000 Hektar Moore zu vermessen, ist groß. Das hat unser Herr Ministerpräsident angesprochen. Es handelt sich jedoch um ein sehr effektives Ziel. An dieser Stelle möchte ich auch den Humusaufbau ansprechen. Unsere Landwirtschaft wird in diesem Hause viel gescholten. Sie ist jedoch ein Teil der Lösung und nicht das Problem.

(Beifall bei der CSU)



Zusätzlicher Humusaufbau von 0,1 % bedeutet 3 bis 6 Tonnen CO<sub>2</sub>-Speicher pro Hektar, je nach Bodenart. Das ist ein gewaltiges Potenzial. Der Kollege von der FDP sieht es nicht ein, warum der Ausgleich bei uns stattfinden sollte. Das ist die Kompensation dafür, wenn man beispielsweise nach Kalifornien fliegt, um Eis zu essen. Die Kollegin, die so etwas macht, ist gerade nicht da. Ich erachte es für absolut sinnvoll, den Ausgleich hier stattfinden zu lassen. Wir können die Verantwortung nicht weiter abschieben. An dieser Stelle besteht jedoch auch Potenzial, weil damit ein Honorierungssystem einhergeht. Findet die Kompensation der Landwirtschaft hier statt, bekommen die Landwirte auch Geld. Die Wertschöpfung liegt dann auch bei uns.

Ein weiteres Beispiel für einen CO<sub>2</sub>-Speicher ist die Pflanzenkohle durch Pyrolyse. Diese könnte direkt in der Industrie, im Baugewerbe, aber auch indirekt in der Landwirtschaft, in der Gülle und in den Ställen zum Einsatz kommen. Wir reden doch immer über die Düngeverordnung. Das ist auch eine Chance für unsere Landwirtschaft. An dieser Stelle benötigen wir jedoch ein Honorierungssystem. Dadurch würden wir eine Win-win-Situation schaffen. Unsere Landwirtschaft ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Die Bäuerinnen und Bauern hätten damit ein weiteres Einkommen.

Unser Herr Ministerpräsident hat das klimaneutrale Bauen angesprochen. Dazu zählt die Holzbauoffensive. Diese ist wahnsinnig wichtig, weil Holz als solches nicht nur ein CO<sub>2</sub>-Speicher ist, sondern über die Kaskadenwirtschaft eine sehr lang andauernde, eventuell sogar jahrhundertelange Nutzung aufweist. An dieser Stelle kann man auch an Recycling denken. Erstmals haben wir in der Fraktion das Prinzip "Cradle to Cradle" besprochen. Wenn irgendwo ein Dachstuhl abgebaut wird, kann dieser wieder für einen Neubau dienen.

Wichtig ist auch das Thema Flächenverbrauch. Wir müssen das immer ganzheitlich beleuchten. Einstöckige Verwaltungsgebäude wie Kindergärten sollten der Vergangenheit angehören. Wir sollten nicht nur mehr Wohnraum und mehr Flächen schaffen, indem wir höher bauen – nach Möglichkeit mit Holz –, sondern auch Flächen für die

Allgemeinheit ausweisen. Dazu zählen beispielsweise mehr Spielplätze und Flächen für Urban Gardening. Dieses Potenzial ist bisher noch nicht in ausreichendem Maße ausgeschöpft worden. Nach Möglichkeit sollten Photovoltaik-Anlagen verpflichtend auf allen Gewerbeneubauten errichtet werden. Das muss man ganz klar sagen. Das Gewerbe spielt eine ganz wichtige Rolle. Der Strom wird tagsüber produziert, und tagsüber nimmt das Gewerbe den Strom ab. Das ist eine wahnsinnige Chance.

Unsere Wirtschaft ist viel weiter, als es teilweise dargestellt wird. Erst gestern habe ich im Radio gehört, dass die bayerische Wirtschaft, das bayerische Gewerbe im bundesweiten Vergleich Nummer eins ist. Bayern steht vor allen anderen Ländern, die eine freiwillige Regelung für die Errichtung von Photovoltaik auf Dächern haben. Das ist nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für die Geldbeutel gut. Solche Bemühungen unterstützen wir.

(Beifall bei der CSU)

Auf staatlich geförderten und staatlichen Neubauten sollte es prinzipiell nicht nur Photovoltaik-Anlagen geben, sondern auch Speicheranlagen. Ziel muss es sein, dass kein einziges Verwaltungsgebäude – kein Kindergarten, kein Feuerwehrhaus – ohne Photovoltaik auf dem Dach ist. Das ist die Zukunftsvision. Außerdem sollten wir einen Solarpakt für Bestandsgebäude anstreben. Das PV-Potenzial sollte zumindest auf allen gewerblichen Bestandsgebäuden besser ausgeschöpft werden.

Das Ziel, die globale Energiewende voranzutreiben, wurde auch angesprochen. Das muss natürlich ein Ziel sein. Rund 98 % des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes findet gerade nicht in Deutschland, sondern außerhalb Deutschlands statt. Das Hightech-Land Bayern mit seiner Technologieoffenheit bietet Chancen für unsere Wirtschaft. Wenn uns das gelingt, schaffen wir einen Exportmarkt für innovative Ideen und Produkte. Die Technologien können und müssen ein Exportschlager werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Ich habe für die Kolleginnen und Kollegen eine Information zwischendurch: Nach der Aussprache zur Regierungserklärung machen wir eine Mittagspause. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um jedes Zehntelgrad. Jedes Zehntelgrad weniger an Erdüberhitzung, das wir erreichen, ist wertvoll. Jedes Zehntelgrad weniger ermöglicht ein besseres Leben und rettet letzten Endes Menschenleben.

Ich habe heute sehr gehofft, dass wir nach den schrecklichen Ereignissen und Naturkatastrophen endlich Schluss mit dieser Diskussion machen, dass wir doch nur einen kleinen Beitrag leisten. Vom Fraktionsvorsitzenden der CSU, Herrn Kreuzer, musste ich heute wieder hören, dass der Beitrag kleingerechnet wird. Herr Kreuzer und alle Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER: Es geht um jedes Zehntelgrad. Jedes Zehntelgrad weniger rettet Menschenleben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jeder, der nicht verantwortungsvoll handelt, macht sich schuldig. Es muss sich schnell etwas ändern; denn die Bilanz der CSU-Staatsregierung für die letzten Jahrzehnte in Bayern sieht miserabel aus. Seit 2014 steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen wieder an; im Zeitraum davor sind sie nur ganz gering gesunken.

Wir brauchen einen Blumenstrauß an Maßnahmen. Klimaanpassung und Klimaschutz müssen zusammengehen. Lesen Sie die Studien des Umweltministeriums. In ihnen steht, dass mit jedem Grad Erderwärmung mit 14 % mehr Regenmenge pro Starkregenereignis zu rechnen ist. Das heißt, wir sind jetzt schon bei 28 % mehr. Der Ministerpräsident hat heute gesagt: Wir steuern auf eine Temperaturerhöhung um weitere zwei Grad zu. Sie können sich vorstellen, was auf uns zukommt. Ich sage Ihnen klar: Weder Mensch noch Infrastruktur sind für diese Klimakatastrophe gemacht. Deswegen die klare Botschaft: Es geht um jedes Zehntelgrad.

Die Erwartungen an die heutige Regierungserklärung waren groß. Herr Söder, Sie sagten, die Naturkatastrophe sei ein Weckruf. Ich habe es bei Ihnen, bei der CSU und bei den FREIEN WÄHLERN noch nicht klingeln hören. Der Wecker hat noch nicht geklingelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehen wir uns an, was in der Regierungserklärung enthalten gewesen ist. Eine Checkliste, ein wirksames Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen, mit Sektorzielen, mit Vorgaben für die einzelnen Ministerien, mit einem Monitoring, mit Unterstützung der Kommunen? – Nichts davon ist enthalten; Fehlanzeige!

Zur Windkraft. Sie haben kleine Ausnahmen angekündigt. Vor zwei Jahren haben Sie 100 neue Windräder angekündigt; Aiwanger hat von 300 neuen Windrädern gesprochen. Heute sprechen Sie von 500 neuen Windrädern. Wollen wir denn Wetten abschließen, wann diese 500 neuen Windräder kommen? – Ich kann Ihnen gleich sagen, wie es ausgehen wird; denn mit den Miniausnahmen, die Sie heute wieder angekündigt haben, wird dies nicht zu erreichen sein. Bayern ist abgestiegen. Im Vergleich der Bundesländer waren wir bei den erneuerbaren Energien einmal auf Platz eins. Wir sind jetzt, Herr Söder, auf Platz sieben, und es geht immer weiter nach unten. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kreuzer hat den Saal verlassen; er konnte es nicht mehr hören, dass das, was er gesagt hat, einfach nicht stimmt. Alle Windkraftanlagen, die in Bayern in eine Ausschreibung gehen und die es trotz der 10-H-Regel irgendwie geschafft haben – das waren nicht viele –, haben den Zuschlag bekommen. Es liegt einzig und allein an 10 H, dass in Bayern nichts mehr vorwärtsgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Solarkraft und zur Solarpflicht. Jetzt verstecken Sie sich hinter dem Bund. Jetzt soll auf einmal alles der Bund regeln, weil Sie es selbst nicht schaffen. Ihr Aiwanger im Land heißt im Bund Dobrindt. Deshalb geht dort wieder nichts. Das ist doch wirklich mehr als lächerlich. Sie machen hier Sandkastenspielchen: Der Markus hat dem Hubert sein Windrad zerbrochen; der Hubert hat dafür die Sandkuchensonne vom Markus kaputt gemacht, und der Thorsten springt außen herum und darf nicht mitspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen Sie aus Ihrem Sandkasten heraus! Es ist bitterernst. Schluss mit diesen Spielchen!

Zum Bereich Wärme haben Sie nichts, wirklich gar nichts gesagt, Herr Söder. Was ist mit der Sanierung des Gebäudebestandes? Holzhäuser sind ja schön und gut, aber sie retten uns doch nicht das Klima. Dasselbe gilt beim Verkehr. Sie haben nichts angekündigt außer ein paar aufgeständerten Radwegen. Ja wie lächerlich ist denn das? Der Klimacheck führt ganz klar zum Fazit: Nein, das reicht nicht.

Sie sagten heute: Kein Witz auf Kosten der nächsten Generationen. Was Sie heute abgeliefert haben, Herr Ministerpräsident, ist ein Witz auf Kosten der nächsten Generationen. So klar und deutlich müssen wir das hier sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wachen Sie endlich auf!

Ein Wort von Herrn Kreuzer hat mich heute besonders getroffen. Er sagte: die Menschen mitnehmen. Herr Kreuzer, liebe CSU – das "liebe" können wir auch weglassen –, CSU, FREIE WÄHLER, wenn Sie nicht auf Klimaschutz setzen, werden Sie noch viel mehr Menschen verlieren; denn die Bevölkerung ist schon lange zum Klimaschutz bereit. Andererseits haben wir mehr Naturkatastrophen. Von daher gesehen geht es jetzt darum, beim Klimaschutz endlich den Turbo zu zünden.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Wir haben von der EU mit "Fit for 55" eine Steilvorlage bekommen.

– Ein letzter Satz. Mit dieser Steilvorlage kann Klimaschutz vorangehen. Die Bevölkerung steht dahinter; sie ist zu mehr Klimaschutz bereit. Packen Sie endlich an, und machen Sie Nägel mit Köpfen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Uli Henkel von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Henkel, Sie haben das Wort.

**Uli Henkel (AfD):** Verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, geschätzte Kollegen! Zunächst die schlechte Nachricht: Bayern wird das Weltklima nicht retten können, auch wenn Ihnen dieser Gedanke wohl gefallen möchte.

Wie zu erwarten war, werden die dramatischen Starkwetterereignisse der vergangenen Woche und seine viel zu vielen tragischen Opfer, deren unsere Fraktion gestern gedacht hat, natürlich auch heute wieder für das große Narrativ der Klimakatastrophe missbraucht gemäß der Devise: Das Leid der einen ist der Wahlkampf der anderen. Dabei hat sich die Natur letztlich doch nur der menschlichen Hybris entzogen, sie vollständig beherrschen zu können, was mich zur Klimapolitik der Staatsregierung bringt. Klimaschutz, Herr Ministerpräsident: Allein schon das Wort ist eine Anmaßung an sich. Das Klima ist doch nichts, was sich konservieren ließe; unterliegt es seit Anbeginn des Planeten teils extremen und sich rapide vollziehenden Schwankungen. So herrschten

unter anderem auch im Hochmittelalter hierzulande vergleichbare Temperaturen, und das ganz ohne all die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkws und Industrie.

Das jedoch wird gerne im politischen Diskurs unterschlagen, untergräbt es ja das Narrativ vom hauptsächlich durch menschliche Treibhausgase verursachten Klimawandel, obwohl der anthropogene Faktor doch gar nicht bezifferbar ist. Was aber sehr wohl zutrifft: Die Welt ist jetzt schon übertoll. Die Bevölkerung in Afrika wird sich laut UN in den nächsten Jahrzehnten sogar noch einmal verdoppeln, und all diese Menschen werden essen und defäkieren, sie werden ein Handy und ein Moped wollen. Das ist Fakt und wird durch die Rodung weiterer Wälder für Viehhaltung, Soja- und Palmölmokulturen natürlich auch das Klima negativ beeinflussen, beispielsweise in Form einer Verlangsamung des doch so wichtigen Jetstreams.

Heuchlerisch predigen derweilen die Klimakultisten dem Plebs, unserem Klima zuliebe doch besser zu Hause zu bleiben, während unsere grüne Öko-Bourgeoisie selbst aber gleichzeitig um die halbe Welt jettet.

Es ist Ihre Politik, Herr Ministerpräsident, hier in München, die die Freiheit der Bürger im Namen des Klimaschutzes auf dem Altar der Klimakorrektheit opfert und so die Axt an das Fundament des Wohlstandes in unserem Lande legt. Der Ausstieg aus der Kernenergie zum Ende des Jahres 2022 gefährdet unsere Energiesicherheit. Tausende von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie, bei den Zulieferern und in hoch energieintensiven Produktionsbetrieben sind durch Ihren Kniefall vor der Ersatzreligion des Klimakultes bedroht. Ursula von der Leyen und heute auch Sie, Herr Ministerpräsident, verkünden, dass Neuwägen ab 2035 emissionsfrei sein müssen. Das ist eine Kriegserklärung an den Wirtschaftsstandort Bayern.

Es ist die AfD, die den Green Deal der EU, den "Fit for 55"-Plan der Kommission, den Klimaschutzplan 2030 der Bundesregierung sowie jegliche weitere Formen von Planwirtschaft im Namen des Klimas entschieden ablehnt und auch das EEG ersatzlos streichen möchte.

(Beifall bei der AfD)

Nur die AfD steht gegen diese Klimahysterie und den panikgetriebenen Aktionismus der anderen Parteien; denn wenn man schon CO<sub>2</sub> einsparen will, dann doch bitte unter Berücksichtigung zumindest der drei wesentlichsten Grundprinzipien marktwirtschaftliche Organisation, maximale Technologieoffenheit und weltweite Emissionsreduktion. Oder einfacher ausgedrückt, Herr Ministerpräsident: Der Erde ist es völlig egal, von wo, von wem und wie CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre kommt. Der bayerischen Wirtschaft kann es aber nicht egal sein. Statt sich von den Launen von Sonne und Wind abhängig zu machen, stehen wir für einen stabilen und bezahlbaren Energiemix aus allen Energieträgern inklusive der Kernkraft. Statt der einseitigen Fokussierung auf eine bezüglich ihres ökologischen Nutzens mehr als fragwürdige Elektromobilität fordern wir die Rückkehr zur Technikoffenheit und zu einer ideologiefreien Forschung.

Zurück zum Anfang meiner Rede: Wir müssen uns auf die Zunahme von Starkwetterereignissen einstellen, aber doch nicht durch eine sinnlose Klimaschutzpolitik, sondern durch eine effiziente Umweltschutzpolitik und auch moderne Lösungsansätze zur Steigerung der lokalen Resilienz gegenüber den besagten Naturphänomenen. Hier aber scheitert letzte Woche die Politik, der der Klimaschutz untersteht, und auch die Öffentlich-Rechtlichen zumindest im Hinblick auf die Meldekettten eklatant versagt zu haben. Wenn die EFAS-Warnhinweise ernst genommen, in jedem Fall aber ausreichend kommuniziert worden wären, hätte das jedenfalls vermutlich viele Menschenleben gerettet.

Bodenversiegelungen dürfen künftig nur noch maßvoll erfolgen. Hochwassergebiete dürfen schlichtweg nicht besiedelt werden. Frühwarnsysteme und auch die gute alte Sirene, die die Menschen warnt, müssen wieder installiert und allgemeine technische Innovationen im Kampf gegen Naturkatastrophen staatlich gefördert werden. Allein Bayern müsste laut IDW bis 2030 dafür 83 Milliarden Euro zusätzlich nur in Infrastrukturprojekte investieren.



So sieht seriöse und effiziente Politik zum Wohle und zur Sicherheit der Bürger dieses Landes aus, ganz im Gegensatz zur Augenwischerei, welche durch die Wahnidee eines klimaneutralen Bayerns – was für ein albernes Wort überhaupt? – befördert wird. Als ob Deutschland durch die Reduktion seines Anteils von circa 2 % am vom Menschen gemachten CO<sub>2</sub> überhaupt einen nennenswerten Einfluss auf das Klima ausüben könnte! Wenn Sie allen Ernstes meinen, auf 0,00007 % der Erdoberfläche Maßnahmen ergreifen zu können, mit denen Sie das Weltklima retten, sind das Wahnvorstellungen, die nach ärztlicher Konsultation geradezu schreien.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Sinn spricht hier vom grünen Paradoxon. Er hält den deutschen und den europäischen klimapolitischen Alleingang für absolut kontraproduktiv, weil er nur dazu führt, dass unsere Industrien abwandern und dass fossile Brennstoffe auf dem Weltmarkt billiger und dann eben anderswo verbrannt werden, womit wir zwar dem Klima nicht helfen, dafür aber unseren Wohlstand gefährden.

Wenn Alexander Dobrindt nun sogar für eine noch schnellere Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung eintritt, ist das genau der falsche Weg, weil er uns schadet, dabei aber dem Weltklima überhaupt nicht hilft. Nicht wir müssen zunächst unsere 2 % auf Null reduzieren, sondern wir sollten der restlichen Welt dabei helfen, ihre 98 % um mindestens 50 % zu reduzieren. Das könnte wirklich etwas bewirken. Wenn wir in Deutschland auf Kinder verzichten, uns alle vegan ernähren und uns bei Dunkelflauten im Kerzenlicht vergnügen, dann werden wir am Ende doch nur unseren Einfluss in der Weltpolitik, unseren Platz als Mittelmacht und unsere Position als Exportvizeweltmeister verlieren. In China entstehen derweil 50 neue AKW, 200 neue Kohlekraftwerke, 60 Flughäfen usw. usf. Ich könnte ewig so weitermachen.

Wer als Politiker diese Realitäten sehenden Auges negiert oder – sollte ich es vielleicht sogar so sagen: – leugnet, der versündigt sich gegenüber unseren künftigen Generationen. Nur wer alles im Blick hat, so der Herr Ministerpräsident heute, kann wirk-

lich etwas bewirken. Darin gebe ich Ihnen recht, Herr Ministerpräsident. Vorwerfen muss ich Ihnen aber, dass Sie offensichtlich die Welt jenseits der Luxushotels doch nicht kennen. Dort, wo ich reise, wird der Ölwechsel im Naturschutzgebiet gemacht, wird jeden Abend vor der Hütte ein Feuer angezündet, um den Plastikmüll des Tages zu verbrennen, erfüllen die Autos nicht einmal die Euro-0-Norm und brennen Tausende von Gasfackeln, die das bei der Erdölförderung entstehende Gas abziehen.

(Zurufe)

Deshalb ist es unsere Pflicht, der Welt dabei zu helfen, die Umwelt nicht weiter schänden zu müssen. Wenn das Bevölkerungswachstum aber nicht gestoppt werden kann, wird es eine klimaneutrale Welt niemals geben, und das ist keine Dystopie, sondern das ist Fakt.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Der nächste Redner ist Herr Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

**Christoph Skutella (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Für die Staatsregierung ist es schon blamabel – ich kann es leider nicht anders ausdrücken –, wenn der Ministerpräsident sich heute hier herstellt, zur Klimapolitik spricht und dann nicht einmal das für Mai angekündigte Klimaschutzgesetz vorlegen kann. Ich kann es nicht anders bezeichnen: Das ist leider eine Blamage.

(Beifall bei der FDP)

Man kann selbstverständlich spekulieren, woran diese Verzögerung liegt. Wir alle haben unsere Vermutungen. Diese Verzögerung zeigt aber auch, dass die Realität langsam Einzug in die Regierungsfractionen genommen hat. Der öffentlich gewordene Krach zwischen dem Finanzminister und dem Umweltministerium war wohl nur ein Vorgeschmack. Zwar lassen sich schnell ein paar Klimaziele auf ein Papier schreiben.

Wenn es ums Erreichen dieser Ziele geht, bleibt die Staatsregierung uns, aber auch der Bevölkerung jegliche Antwort schuldig.

Hierfür steht exemplarisch die Vorverlegung der Klimaneutralität des Freistaates von 2050 auf 2040. Martin Hagen hat es schon gesagt: Ohne jegliche Not, wie etwa durch Vorgaben in internationalen Abkommen oder auf Bundesebene oder durch irgendwelche zusätzlichen Maßnahmen und Anstrengungen, setzt der Ministerpräsident einfach willkürlich die Ziele so, wie er es für wichtig und richtig hält.

Besonders die geplante Klimaneutralität der Staatsregierung ist bisher ein kompletter Reinfluss. Ich kann es auch nicht anders sagen, weil unsere Anfrage ergeben hat, dass Sie gar keine Ahnung davon haben, wie viel CO<sub>2</sub> Sie eigentlich ausstoßen. Nur das Umweltministerium weiß das als einziges, von den anderen gibt es keine einheitliche Statistik zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen der Ministerien oder der nachgeordneten Behörden. Eigentlich bin ich davon ausgegangen – das war Ihre letzte Ankündigung –, dass Sie die Staatsregierung bis 2030 klimaneutral aufstellen wollen. Heute habe ich gehört und auch gerade bei Twitter gelesen, dass das schon bis 2023 passieren soll. Wie soll denn das passieren, wenn Sie gar nicht wissen, wie viel Sie emittieren?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der größte Posten des Umweltministeriums sind 340 Tonnen CO<sub>2</sub> beim Heizen. Sicher kann man diese Emissionen durch Gebäudesanierung, durch Umbau der Heizung usw. reduzieren. Dazu haben Sie aber keine konkreten Pläne vorgelegt. Wie sollen die Maßnahmen ausschauen, und wie wollen Sie das in nur zwei Jahren erreichen? Herr Söder, Sie meinten auch und haben es auch heute wiederholt, dass jeder Umweltminister ein Praktikum in Bayern machen sollte. Ich kann nur festhalten: Bei einem solchen Blindflug in der Klimapolitik möchte ich hier kein Praktikant sein.

(Beifall bei der FDP)

Das Umweltministerium legt sogar noch einen drauf. In der Antwort hieß es, es sei beabsichtigt, das Ziel der klimaneutralen Staatsregierung noch früher zu erreichen. Wenn nicht jetzt, wann dann? Was haben Sie eigentlich in den letzten zwei Jahren seit der Ankündigung des Klimaschutzgesetzes getan? Wenn jetzt erst die Planungen zur Klimaneutralität Ihrer eigenen Staatsregierung anlaufen, zweifle ich stark an den anderen großen Ankündigungen, die Sie heute zu Wasserstoff, zum technologieoffenen Klimaschutz und zur Aufforstung gemacht haben. Wo bleibt eigentlich die CO<sub>2</sub>-Bindungsprämie? Sie haben Ankündigungen zur Elektrifizierung und zur Ladeinfrastruktur gemacht. 63.000 Ladesäulen wollen Sie in neun Jahren schaffen. Das alles sind riesengroße Ankündigungen, auf die aber nichts folgt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute, auch wenn nur sehr leicht, angedeutet, dass Sie auf die soziale Abfederung des Klimawandels eingehen wollen. Das finde ich interessant. Im Wahlprogramm der Union ist dazu nichts, absolut gar nichts, zu finden. Im Gegensatz dazu fordern wir Direktzahlungen an die Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern eine Klimadividende, damit tatsächlich die Belastung durch höhere CO<sub>2</sub>-Preise abgedeckt werden kann. Das wurde auch durch eine Analyse des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change bestätigt und für gut bewertet. Bei der CSU und der CDU finde ich dazu keinen einzigen Satz. Vielleicht noch einmal zusammenfassend: Wir haben heute kein Klimaschutzgesetz in einer aktuellen Fassung vorgelegt bekommen. Wir haben vieles gehört, was wir hier schon rauf- und runterdiskutiert haben, aber wir wissen wieder einmal: Bayern ist spitze. Bayern ist Vorreiter. Ich frage mich nur, worin. – Ich sage es Ihnen: in Widersprüchen, zum Beispiel beim Thema Windkraft. Kollege Aiwanger – er ist nicht mehr da – sagt Ja zur Windkraft, der Ministerpräsident Nein. Bei der Solarenergie sagt Aiwanger Nein, der Ministerpräsident Ja. Auch die Stromtrassen sind ein ewiges Thema. Der Staatsminister für Wirtschaft sagt dazu Nein, der Ministerpräsident Ja. Wohin wollen wir denn?

(Beifall bei der FDP)

Zwischen all dem steht auch noch der Finanzminister, der leider auch nicht mehr da ist. Er soll das aber alles irgendwie bezahlen. Ich kann Ihnen in dieser Frage nicht mehr vertrauen und habe an Ihren Bestrebungen und vor allem an der konkreten Umsetzung ganz große Zweifel. – Herzlichen Dank.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Alexander Flierl von der CSU-Fraktion.

**Alexander Flierl (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Klimaschutz ist gerade, wenn wir auf die aktuellen Ereignisse schauen, aktueller denn je. Bei der Debatte dieses großen Themas zeigt sich auch – dieses Thema ist essenziell, betrifft alle Menschen und alle Lebensbereiche – das Fundament, die Grundeinstellung und Grundposition, wie man politisch handelt und wie man Herausforderungen angeht und umsetzt. Hier hat unser Ministerpräsident Dr. Markus Söder eine klare Zuordnung und Definition der Ziele und Herausforderungen, aber auch eine Definition dessen, wie man diese Ziele erreichen und umsetzen will, vorgegeben. Er hat dabei das gesamte Spektrum abgedeckt. Er hat sich eben nicht nur den Einzelheiten verschrieben, sondern hat die Ziele klar definiert. Er hat ein Klimaprogramm mit einer Vielzahl von Maßnahmen aufgezeigt und durch eine entsprechende Finanzierung auch hinterlegt. Eines ist natürlich auch klar: Wenn man Ziele hat – diese braucht man –, dann kann man vorangehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es zeigt sich wieder eindeutig: Bayern geht hier voran. Beim Blick auf die Oppositionsparteien zeigt sich die ganze Palette: von den Klimaleugnern, die völlig aus der Zeit gefallen sind, krude Thesen aufstellen, das Thema verfehlen und den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel leugnen, über diejenigen, die – wie die SPD – wenigstens ehrlich sind und sagen, sie wollten massiv die Steuern erhöhen – das ist nicht unser Weg, das sage ich gleich dazu –, bis hin zu den Liberalen, die glauben, mit einer reinen CO<sub>2</sub>-Bepreisung alles lösen zu können. Im Endeffekt nörgeln die Oppositionsparteien nur, insbesondere die GRÜNEN, reden schlecht, zählen Erbsen und Tage für Gesetzgebungsverfahren in anderen Bundeslän-

dern auf und blenden unsere guten und vorliegenden Erfolge in Bayern völlig aus. Man arbeitet sich an der 10-H-Regelung ab; mehr fällt einem nicht ein. – Herr Stümpfig, der Witz liegt auch ganz klar bei Ihnen; denn wir haben nicht einmal etwas zu Allgemeinplätzen von Ihnen gehört. Von der Opposition ist null Komma null Substanz vorgebracht worden.

(Beifall bei der CSU)

Einen Aspekt möchte ich ganz besonders hervorheben, weil er ein entscheidender ist.

(Unruhe – Zurufe von den GRÜNEN)

Es wird immer von dem Pakt mit den Menschen gesprochen und davon, dass es nur miteinander geht und wir alle mitnehmen müssen. – Jawohl, das ist richtig. Wir unterstreichen dies, und als Regierungsfractionen leben wir diesen Aspekt auch ganz klar. Hier zeigt sich eben auch die grundsätzliche politische Einstellung im Gegensatz zu den Oppositionsparteien. Die GRÜNEN und auch weitere Oppositionsparteien wollen Verbote, wollen gängeln und den Einzelnen immer mehr Lasten übertragen. Sie haben heute wieder ganz klar Ihr Gesicht gezeigt. Sie haben Ihre alte Verhaltensweise nicht abgelegt; ein Pakt mit den Menschen ist ein reines Lippenbekenntnis.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen die Menschen aktivieren und für unser Ziel des Klimaschutzes begeistern und entsprechend unterstützen. Wir müssen auch klarmachen, dass alle die Herausforderungen annehmen müssen, jeder große Verantwortung trägt und diese Verantwortung natürlich von vielen Schultern zu tragen ist.

Deswegen brauchen wir auch hier ein klares Bekenntnis zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land, bei der Mobilität, bei einem verstärkten Ausbau des ÖPNV, aber auch des Schienenpersonenfernverkehrs. Letzteres ist für uns auch ein ganz klares Ziel. Das gilt aber natürlich auch für den Individualverkehr. Das ist nicht nur Teil der Freiheit, sondern trägt auch zum Erhalt gleichwertiger Lebensverhält-

nisse in den ländlichen Räumen bei. – Dazu brauchen wir auch Straßen, Herr Hartmann. Um dezentral Arbeitsplätze schaffen zu können, brauchen wir entsprechende Gewerbegebiete. Arbeiten Sie sich hier nicht am ländlichen Raum ab, sondern bekennen Sie sich auch klar dazu, dass die Menschen auch auf dem Land entsprechende Perspektiven brauchen. Wir sind bereit, hier unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

(Beifall bei der CSU)

Auch der soziale Aspekt ist von uns nicht vernachlässigt worden. Herr Skutella, ich kann Ihnen schon ein bisschen Nachhilfe geben; wenn Sie in unserem Wahlprogramm genau nachgeschaut hätten, dann hätten Sie gesehen, dass wir zusammen mit der CDU Entlastungen beim Wohnen und der Mobilität schaffen wollen. Das ist unser Ansatz im Gegensatz zu einem Energiegeld, das dann letztendlich nur pro Kopf beglichen wird. Deswegen ist es heute gelungen – das hat die Regierungserklärung gezeigt –, Grundpositionen vorzustellen, wie wir im Bereich des Klimaschutzes vorankommen und welche Maßnahmen wir im Bereich der erneuerbaren Energien, bei den CO<sub>2</sub>-Speichern, beim Klimabauen, bei der Klimaarchitektur, bei der Mobilität, aber natürlich auch insbesondere bei der Forschung und Finanzierung ergreifen wollen. Die Regierungserklärung hat heute eindeutig gezeigt, weshalb die Menschen unserem Ministerpräsidenten vertrauen, dass wir Herausforderungen des Klimaschutzes, des Erhalts unserer Lebensgrundlagen und des Erhalts der Schöpfung meistern, angehen und lösen werden.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Kommen Sie bitte zum Ende.

**Alexander Flierl (CSU):** Diese Regierungserklärung zeigt ganz klar den Weg auf, diese große Aufgabe in Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen zu erfüllen. Die Regierungsfaktionen werden diesen Weg begleiten und selbstverständlich unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Abgeordneten Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Flierl, seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ende April dieses Jahres haben wir ein fertiges Klimagesetz eingereicht, drei Dringlichkeitsanträge gestellt und Sofortprogramme vorgelegt. Sie lehnen aber reflexartig alles ab, wenn Klimaschutz auf einem Antrag steht. Im Umweltausschuss haben wir vorletzten Donnerstag die Debatte zu unserem Klimagesetz geführt; es gab keinerlei inhaltliche Auseinandersetzung. Sie stellen sich der Debatte über die besten Ideen nicht einmal. Danach fahre ich nach Hause in meinen Landkreis Ansbach, wo alles unter Wasser steht. Die Überschwemmung hat den Landkreis massiv getroffen.

Rückblickend muss ich wirklich sagen, dass ich es erschütternd finde, wie Sie mit dem Thema Klimaschutz umgehen. Sie stellen sich keiner Debatte und haben keine Idee. Meinetwegen können Sie die eine oder andere unserer Maßnahmen ablehnen; dann müssen Sie aber selbst liefern. Das tun Sie seit Jahren nicht. Sie verweigern sich im Klimaschutz. Das ist dramatisch.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

**Alexander Flierl (CSU):** – Ich warte natürlich höflichkeitshalber, bis mich der Präsident aufruft. Das gehört auch zu den Gepflogenheiten dieses Hauses. Ich gehe aber sehr gerne darauf ein, Kollege Stümpfig. Wir haben von den GRÜNEN keine Nachhilfe nötig. Seit den 1970er-Jahren haben wir in Bayern ein Umweltministerium und haben schon immer ganz klar den Fokus auf den Erhalt der Schöpfung und unserer Lebensgrundlagen gelegt. Natürlich gehört dazu auch der Klimaschutz. Vielleicht hätte es Ihnen auch gut angestanden, unserem Vorschlag, den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen, zuzustimmen.

(Unruhe)



Auch hier haben Sie sich ebenso wie andere Oppositionsparteien verweigert. Wir haben hier also keine Nachhilfe nötig.

(Zuruf)

– Nein, von Ihnen ganz sicher nicht. Wir haben bereits mit dem ersten Klimaschutzgesetz klare Ziele definiert und ein Maßnahmenpaket mit 97 Maßnahmen vorgelegt. Diese Maßnahmen werden wir jetzt weiter verfeinern, und in allen genannten Bereichen zusammen mit allen Beteiligten – der Landwirtschaft, den Kommunen, denjenigen, die bauen wollen, und eben auch denjenigen, die auf die Mobilität angewiesen sind – weiter ausbauen. Wir hinterlegen dies auch ganz klar finanziell. Dies ist unsere Aufgabe. Dies ist unser Ansatz, wie wir Klimaschutz bewältigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Es gibt noch eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn. Bitte.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Kollege Flierl, wir haben eben vom Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung gehört: 1.133 Windkraftträder in Bayern – aus meiner Sicht bei Weitem genug. Aber der Ausbau kommt ins Stocken. Die Menschen wollen das nicht mehr mitmachen. Das haben Sie jetzt endlich erkannt. Das heißt, jetzt soll die nächste "Umweltsau",

(Zuruf)

wenn ich das mit den Worten des öffentlichen Rundfunks so sagen darf, durchs Dorf getrieben werden: Die Photovoltaik soll ausgebaut werden. Dabei sind bei der Photovoltaik der Ressourcenverbrauch und der Flächenverbrauch so groß wie nirgendwo anders. Die Bestandteile werden im Ausland unter zum Teil inhumanen Bedingungen gewonnen. Das alles machen Sie mit Hilfe zum Beispiel des Klimarates, der hier als pseudowissenschaftliches Gremium herangezogen wird, obwohl wir wissen, dass diese Leute zum Teil gar nicht naturwissenschaftlich qualifiziert sind.

Meine Frage an Sie: Soll das Klima – das haben wir eben von Herrn Söder gehört – hier in Bayern geschützt werden? – Jeder weiß: Das geht gar nicht, das ganze Weltklima hier in Bayern zu schützen bei diesem geringen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, den wir haben. Schließen Sie sich dem an? Wollen Sie von Bayern aus die ganze Welt retten?

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Flierl, bitte schön.

**Alexander Flierl (CSU):** Herr Prof. Hahn, wir und damit auch Deutschland tragen als Industrienation große Verantwortung. Wir würden unserer Verantwortung auch gegenüber den künftigen Generationen nicht gerecht, wenn wir sagen würden: Sollen doch die anderen anfangen. Sollen doch die beginnen. – Jeder muss seinen Beitrag leisten. Ich bleibe bei dem Beispiel, dass immer jemand vorangehen muss. Wenn Sie einen Lauf als Beispiel hernehmen: Da muss einer den Takt angeben und die Geschwindigkeit vorgeben. Dann ziehen die anderen nach. Das ist unsere Aufgabe. Wir wollen Technologiestandort bleiben. Deswegen ist es notwendig, dass wir beim Klimaschutz vorankommen. Deswegen werden wir die Photovoltaik weiter ausbauen. Wir werden letztendlich mehr Windräder errichten können. Wir werden 10 H anpassen. Die grundsätzliche Regelung bleibt. Aber auch hier haben wir von der AfD, wenn es darum geht, die Schöpfung, unsere Landschaft und unsere Kulturlandschaft zu erhalten, ganz sicher keine Nachhilfe nötig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Damit ist auch der Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Wir machen jetzt Mittagspause bis um 13:50 Uhr. Wir versuchen dann bitte, pünktlich wiederzubeginnen. Ich glaube, wir haben etwas Zeitknappheit.

(Zuruf)

– Wunderbar: Der Kollege Reiß meint, das macht nichts, er ist das gewöhnt. – Also: Mittagspause bis 13:50 Uhr. Dann geht es mit dem Tagesordnungspunkt 23 weiter. Danke.

(Unterbrechung von 13:22 bis 13:54 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung wieder nach der Mittagspause.